Freitag, den 17. Juni 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang. — Nr. 139

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstr. 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.40 Rmk., monatlich 1.35 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.70 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.06 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Stresemann will internationalen Zollabbau.

Des Außenministers Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz. — Kommt Deutschland in die Mandatskommission? — Die Sechs-Mächteberatung abgeschlossen.

Genf, 16. Juni. Reichsminister Dr. Stresemann als Berichterstatter über die

Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz

gab in der heutigen Ratssitzung in einer sehr ausführlichen Darstellung eine Würdigung der Arbeiten und der Ergebnisse dieser Konferenz, die er als eine der bemerkenswertesten und erfolgreichsten Konferenzen bezeichnete, die jeweils vom Völkerbund veranstaltet worden seien.

Der Minister zitierte zunächst die Aufgaben, vor die die Konferenz sich gestellt sah, hob die geradezu überraschende Leistung hervor, die in der Zusammenziehung der vielfältigen Probleme auf einige entscheidende Punkte liege, und ging dann auf die drei Hauptgebiete Handel, Industrie und Landwirtschaft ein.

In bezug auf den Handel stellte er fest, daß die Konferenz das Prinzip proklamiert habe, der

internationale Handel müsse von allen künstlichen Schranken und Hindernissen, besonders von denen zu hoher Zölle, befreit

werden. Er forderte Vereinfachung und Vereinheitlichung der Tarife, größere Stabilität der Zollsätze und Einführung einer verbesserten Methode für den Abschluß von Handelsverträgen sowie schließlich den stufenweisen Abbau der Zollasten. „Drei Wege führen zu diesem Ziel", so erklärte Dr. Stresemann, „das individuelle Vorgehen der Staaten bezüglich ihrer Tarife, das zweiseitige Vorgehen durch Abschluß vernünftiger Handelsverträge und schließlich gemeinsame internationale Aktionen."

„Der Rat wird zu gegebener Zeit die Frage zu erörtern haben, wie seine Wirtschaftsorganisation geändert oder ergänzt werden muß, um sich den neuen Aufgaben anzupassen." Dr. Stresemann schlug vor, die Diskussion über diese Frage bis zum September zu vertagen.

„Die Empfehlungen der Konferenz", so führte Dr. Stresemann weiter aus, „sind

der Anfang und nicht das Ende der wirklichen Aufgabe."

Stresemann brachte schließlich folgende Resolution ein:

„Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Weltwirtschaftskonferenz.

1. Er spricht herzlichsten Dank aus dem Präsidenten Theunis, den Mitgliedern und Sachverständigen, die an der Konferenz teilgenommen haben, wie allen Organisationen und Persönlichkeiten, die an ihrer Vorbereitung mitgearbeitet haben.

2. Der Rat ist der Ansicht, daß die Konferenz ihre Aufgabe vollkommen durchgeführt hat, die in der Aufstellung von Grundsätzen und Empfehlungen bestand, wie man am besten zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt, besonders aber Europas, beitragen könnte, womit zugleich die friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen begünstigt werden.

3. Der Rat fordert daher alle Länder und Regierungen auf, diesen Grundsätzen und Empfehlungen ihre größte Aufmerksamkeit sowie die zur Erleichterung ihrer Annahme und Durchführung notwendige Unterstützung zu gewähren.

Der Rat behält sich zur Prüfung in seiner nächsten Tagung die Frage der Aenderungen vor, die in bezug auf die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes und infolge der Ergebnisse der Konferenz wünschenswert erscheinen könnten. Er fordert das Wirtschaftskomitee auf, in der Zwischenzeit zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzutreten, um baldmöglichst in eine vorbereitende Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die auf Grund der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz im Hinblick auf die Zolltarife, und besonders auf die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur ergriffen werden sollen."

In der Nachmittagssitzung wurde diese Resolution mit einer geringfügigen Abänderung angenommen.

* * *

Genf, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Der Völkerbundsrat befaßte sich am Donnerstag nachmittag in einer geheimen Sitzung mit der Zuerteilung eines Sitzes der Mandatskommission an Deutschland. Von deutscher Seite erfährt man hierzu, daß dem deutschen Antrag grundsätzlich zugestimmt wurde. Das amtliche Kommuniqué darüber besagt hingegen nur, daß die Frage der Mandatszuteilung Deutschland zur Gegenäußerung übermittelt worden sei. Am Freitag wird die Ratstagung ihr Ende nehmen.**

Briand erkrankt und abgereist.

Paris, 17. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der Außenminister Briand ist am Donnerstag abend, kurz vor 11 Uhr, in Paris wieder eingetroffen. Er erklärte seinen Freunden und Mitarbeitern, die zu seinem Empfange am Bahnhofe anwesend waren, daß seine Erkrankung sich wesentlich gebessert habe, und er hoffe, wahrscheinlich in etwa zehn Tagen wieder völlig hergestellt zu sein.

Die verfrühte Abreise Briands aus Genf wird von der gesamten Pariser Presse aufrichtig bedauert, da damit die so hoffnungsvoll begonnenen Verhandlungen, namentlich mit Stresemann, einen jähen Abschluß gefunden haben. Dabei gibt die Presse deutlich dem Verdachte Ausdruck, daß Briand nicht nur durch seine Erkrankung, sondern auch durch einen bindenden Beschluß des Kabinetts Poincaré gehemmt worden sei. Namentlich die „Volonté" erklärt, wenn nicht die verhängnisvolle Widerstandsleistung des ehemaligen Pensionsministers Marin vorhanden wäre, wäre die Herabsetzung der Truppenstärke im Rheinlande bereits eine vollzogene Tatsache geworden. So aber glaubt man in gut unterrichteten Pariser Kreisen, daß es noch einiger Zeit und langwieriger diplomatischer Verhandlungen bedürfen wird, bis die in Locarno versprochene und jetzt in Genf von Briand erneuerte Zusage einer beträchtlichen Verminderung d. Besatzungstruppen im Rheinlande durchgeführt werden kann.

* * *

Infolge der plötzlichen Abreise Briands, die am Donnerstag mittag erfolgte, mußten die zwischen Briand und Stresemann vorgesehenen Besprechungen, an denen u. a. auch der Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums, Weißmann teilnehmen sollte, bis auf weiteres verschoben werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Besprechungen noch vor der kommenden Völkerbundstagung stattfinden.

Litauische Diktaturmethoden.

Fortführung der Hetze gegen das Memelland.

Nach Nachrichten aus Memel ist der genaue Wortlaut der Erklärung, die der litauische Ministerpräsident Woldemaras in der Sitzung des Völkerbundsrates über die Durchführung der Memelkonvention abgegeben hat, vom Zensor für das Memelgebiet gestrichen worden. Gleichzeitig eröffnet das offiziöse Organ der litauischen Regierung in Kowno scharfe Angriffe gegen die „Privilegien des Memelgebiets".

Zu diesen Vorgängen schreibt der „Vorwärts": „Stresemann müßte, noch ehe der Rat auseinandergeht, auf diese unerhörten Tatsachen hinweisen. Die Erklärung, die der litauische Ministerpräsident vor dem Rat abgegeben hat, um einem förmlichen Beschluß zu entgehen, wird in Memel zensuriert, während das offiziöse Organ seiner Regierung als Echo auf die Genfer Verständigung die Hetze gegen das Memelland aufs neue führt. Daß den litauischen Militärdiktatoren der in Genf vereinbarte Zustand sehr fatal ist, daß in einem Teil Litauens die Demokratie und im übrigen Teil der Faschismus herrschen soll, können wir begreifen. Wenn das den Machthabern in Kowno nicht paßt, dann sollen sie verschwinden. Aber der Völkerbundsrat darf sich nicht von diesen Leuten auf der Nase herumtanzen lassen."

Unbefriedigendes Ergebnis der internationalen Arbeitskonferenz

Ende gut, alles gut. Auf den Ausgang der zehnten internationalen Arbeitskonferenz in Genf trifft dieses Wort nicht zu. Das Fiasko der Konferenz in der Sicherung der Koalitionsfreiheit, die noch immer unbefriedigende Regelung der Sprachenfrage und die leere Demonstration hinsichtlich der Ratifizierung des Achtstundenabkommens gelegentlich der Mitteilung Frankreichs, daß es ratifiziere, wenn England und Deutschland ratifizierten — all das läßt die Tagung der zehnten Arbeitskonferenz als einen Mißerfolg erscheinen, hinter dem die Annahme des Konventionsentwurfes für die Krankenversicherung, der an sich wirkungsvolle Weltbericht von Albert Thomas über die Entwicklung der Sozialpolitik und noch manche andere beachtenswerte Arbeit des internationalen Arbeitsamtes verschwinden.

Die kleinen Zugeständnisse in der Sprachenfrage, wodurch jetzt z. B. der Direktor auf Wunsch der beteiligten Regierungen amtliche Uebersetzungen der Uebereinkommensentwürfe anfertigen und niederlegen lassen kann, befriedigen die deutsche Arbeiterschaft nicht. Neben Englisch und Französisch muß Deutsch in Genf eine gleichberechtigte Sprache werden.

Der Mißerfolg bezüglich der Koalitionsfreiheit war vorauszusehen. Wie der spanische Arbeiterdelegierte Talbalero hervorhob, ist von Jahr zu Jahr eine unnachgiebigere Haltung der Arbeitergruppe in Genf zu beobachten. In einer Zeit, wo sich nicht nur in den sozial und wirtschaftlich noch weniger entwickelten Ländern, sondern auch in den hochindustriellen europäischen Großstaaten, wie in England, ein scharfer antigewerkschaftlicher Kurs reaktionärer Regierungen breit macht, da fehlen die psychologischen Voraussetzungen für eine Verständigung in einer so schwierigen Frage. Die Situation wurde schließlich auch nicht dadurch erleichtert, daß Gewerkschaftsgruppen, wie die Zentralkommission der Gewerkschaften Oesterreichs es für zweckmäßig hielten, bei dem Kampf um die Gewerkschaftsfreiheit mit einer geharnischten Beschwerde über die Mißachtung der Gewerkschaftsfreiheit durch die Freien Gewerkschaften Oesterreichs in die Arbeitskonferenz hineinzuplatzen.

Trotz des Mißerfolges wäre es jedoch töricht, über den Arbeitskonferenzen den Stab zu brechen. Das Arbeitsparlament in Genf ist zwar noch lange kein wirklich souveräner Machtfaktor in der Gestaltung der internationalen Sozialpolitik, aber es ist eine Tribüne, deren Bedeutung für Ausbreitung und Vertiefung der sozialen Ideen und für den sozialen Fortschritt nicht unterschätzt werden darf.

Genf und Moskau.

Von Rudolf Breitscheid.

Ueber die privaten Besprechungen der Außenminister in Genf ist am Dienstag ein Kommunique ausgegeben worden, nach dem die Vertreter von England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland in einem Gedankenaustausch über die politische Lage und die ihre Staaten berührenden Fragen eingetreten sind. Das hätte ebenso gut ungesagt bleiben können, denn daß sich die Herren nicht über das Wetter und auch nicht über die Ozeanflieger unterhalten haben, war anzunehmen.

Aber schließlich braucht man nicht mit der Fähigkeit des zweiten Gesichts begabt zu sein, um zu wissen, daß auf der Tagesordnung der Konferenzen der Staatsmänner in erster Linie das stand, was man kurz unter dem Titel des russischen Problems zusammenfassen kann, und man darf sich nur wundern, daß zum mindesten zu der Zusammenkunft am Dienstag nicht auch der polnische Außenminister hinzugezogen war. Neben dem englisch-russischen Konflikt geht der andere zwischen der Sowjetunion und Polen einher, und zweifellos werden sich die Genfer Delegierten nicht die Moskauer Auffassung zu eigen machen, nach der nicht nur der Mörder des russischen Gesandten in Warschau, sondern auch die polnische Regierung nur Werkzeuge in der Hand des zum Kriege treibenden britischen Imperialismus seien.

Was indessen im einzelnen verhandelt worden ist, wissen wir nicht. Darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen, und wir möchten einstweilen bei der Annahme bleiben, daß weder von Chamberlain noch von irgend einer anderen Stelle der Versuch gemacht worden ist, eine politische oder wirtschaftspolitische Allianz gegen die Sowjetrepublik zustande zu bringen. Wir glauben nicht an kriegerische Absichten Englands, wir bezweifeln auch, daß es den Wunsch nach der Schaffung irgend einer gegen den Bestand des russischen Staates oder gegen die Sowjetregierung gerichteten Koalition zum Ausdruck gebracht hat. Selbst wenn es solche Pläne hegte, würde das Londoner Kabinett wissen, daß es mit ihnen bei den anderen Mächten keine Gegenliebe finden könnte. Am allerwenigsten bei Deutschland: das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit will die Neutralität gewahrt wissen und lehnt eine Beteiligung an irgendwelchen Unternehmungen ab, die mit seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht in Einklang ständen.

Auch dann, wenn ein Preis für das Abweichen von dieser Linie gezahlt würde, und es ist deshalb nicht unbedenklich, daß in einem Teil der Rechtspresse Andeutungen gemacht werden, die als Angebot eines solchen Geschäfts aufgefaßt werden können. In einem Bericht des Genfer Vertreters der „Deutschen Tageszeitung" finden sich die folgenden Sätze:

„Wagt man uns wirklich wieder nur neue, ungewisse Zusagen an Stelle klarer, befristeter Verpflichtungen zu bieten und verlangt man nicht gleichwohl Bindungen Deutschlands, die vielleicht zunächst harmlos klingen, uns aber doch in der Folge den freien Willen nehmen sollen und uns schließlich zwangsläufig mit in den Strudel des Russenkonfliktes ziehen können? Deutschland muß sich ganz klar machen, daß es die Bestimmung seines Schicksals selbst in der Hand behalten will und daher jeden Schritt vermeiden wird, der uns automatisch früher oder später zur einseitigen Option zwingt. Was wir im gegebenen Augenblick aus freiem Willen tun werden, ist eine andere Frage. Vor allem aber kann — das wiederholen wir — nur ein von unwürdigen Fesseln befreites, als gleichberechtigt behandeltes Deutschland jemals daran denken, jene europäische Solidarität zu empfinden und dauernd zu betätigen, die Chamberlain gestern als sein Ziel bezeichnet hat. Vorläufig äußert sich diese „Solidarität" darin, daß man den Wunsch Deutschlands, Mitglied der Mandatskommission des Völkerbundes zu werden, gerade englischerseits fast schroff zurückweist . . ."

Das muß so aufgefaßt werden, als ob uns klar befristete Zusagen der Westmächte in eine „europäische Solidarität" gegen Rußland hineinschmeicheln könnten, und das ist außerordentlich gefährlich. Die Sozialdemokratie jedenfalls hat demgegenüber mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß sich Deutschland weder durch Versprechungen noch durch tatsächliche Leistungen zum Eintritt in eine antirussische Front bewegen lassen darf.

Oder sollte etwa die „Deutsche Tageszeitung" nur an jene gemeinsamen Abwehrmaßregeln gegen die Dritte Internationale denken, die jetzt von Berufenen und Unberufenen erörtert werden? Von vornherein muß gesagt werden, daß uns auch diese Pläne sehr bedenklich vorkommen. Gut, es läßt sich verstehen, wenn sich die verschiedenen Regierungen gegen eine Verquickung der Tätigkeit der russischen diplomatischen Vertretungen mit der Propagandaarbeit der Moskauer Exekutive wehren. Botschaften, Gesandtschaften, Handelsvertretungen usw. sollen sich auf das ihnen durch das Völkerrecht zugewiesene Gebiet beschränken. Die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, haben ein Recht, zu verlangen, daß sie nicht unter dem Schutze der Exterritorialität zu Herden oder zu Stützpunkten einer „weltrevolutionären" Agitation werden, die sich in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Staaten einmischt. Aber schließlich sind doch die eigentlichen Trägerinnen der Ideen der dritten Internationale die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern. Sie werden von der in Rußland domizilierenden Exekutive geistig genährt und materiell gefördert. Eine Kampfparole gegen die dritte Internationale könnte gar zu leicht zu einem Vorgehen gegen die Gedankenwelt des Kommunismus und ihrer Vertreter mit staatlichen Machtmitteln führen und dann würde man auf einen verhängnisvollen Weg geraten.

Wir lehnen sein Betreten nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen ab, auch nicht allein, weil wir deutschen Sozialdemokraten die kommunistische Arbeit nicht fürchten, sondern weil wir überzeugt sind, daß zuletzt genau das Gegenteil von dem erreicht würde, was man beabsichtigt hat. Der Bolschewismus könnte sich im Grunde gar nichts Besseres wünschen, als die Inszenierung einer Weltkampagne gegen ihn. Wir sehen doch, wie die Kommunisten heute schon mit der falschen Behauptung von einer Koalition der kapitalistischen Länder ihr wankendes Gebäude stützen.

Der einzig gute Gedanke, der in Genf aufgetaucht zu sein scheint, ist der einer Art Weltkonferenz, zu der auch Rußland eingeladen werden soll. Er wird den Moskauer Machthabern nicht sonderlich sympathisch sein, da er ihnen ein starkes Argument aus der Hand schlägt und ihnen die Fortsetzung einer Bluffpolitik, die an die unseligen Methoden des Wiener Ballplatzes erinnert, einigermaßen erschwert. Aber sie würden es kaum wagen, die Aufforderung zu einer solchen Diskussion der strittigen Fragen zurückzuweisen. Es stände für sie zu viel auf dem Spiel.

Poincaré erneut in Nöten.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer geriet das Kabinett Poincaré am Donnerstag nachmittag abermals in große Gefahr. Die Regierung hatte einen Kredit in Höhe von 29 Millionen Franken zur Entschädigung der Beamten angefordert, die wegen Auflösung von Gerichten in der Provinz ihres Amtes verlustig gegangen sind. Die Auflösung war seinerzeit aus Sparsamkeitsgründen erfolgt, wobei dem Parlament zugesagt war, daß ihm die Verordnungen über die Sparmaßnahmen der Regierung bald zur Bestätigung vorgelegt werden sollen. Das ist jedoch bis heute noch nicht geschehen. Der Justizminister verlangte auch jetzt wieder gegenüber einem Vorstoß der Rechten eine Vertagung dieser Frage, und zwar unter Stellung der Vertrauensfrage. Die Situation wäre für die Regierung wahrscheinlich gefährlich geworden, wenn nicht ein Beamter in den gerade stattfindenden Kabinettsrat geeilt wäre und Poincaré persönlich von der Sachlage unterrichtet hätte. Der Ministerpräsident brach die Beratungen des Kabinetts ab und begab sich mit sämtlichen Mitgliedern der Regierung schleunigst in die Kammer. Durch sein persönliches Eingreifen vermochte er die Rechte zu bestimmen, ihren Antrag zurückzuziehen. Als der Antrag daraufhin von den Sozialisten aufgenommen wurde, lehnte ihn die Kammer mit 327 gegen 209 Stimmen ab.

Eine Rüge für Renaudel.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei trat am Mittwoch in Paris zu einer Sitzung zusammen, die außerordentlich stürmisch verlief. Der Abgeordnete Renaudel hatte anläßlich der Nachwahl im Departement Aube, wo die sozialistischen Wähler aufgefordert worden waren, für den kommunistischen Kandidaten zu stimmen, in einem Interview die amtliche Parteiparole mißbilligt. Dafür erhielt er am Mittwoch einstimmig eine scharfe Rüge wegen Disziplinlosigkeit. Renaudel erklärte daraufhin, daß er sein Amt als Vorstandsmitglied niederlegen werde. Der Abgeordnete Zyromski sollte ebenfalls gerügt werden, weil er den Feldzug des Innenministers Sarraut gegen die Kommunisten als Kampf auch gegen die Sozialisten mit den Worten bezeichnet habe: „Der Kommunismus das sind auch wir." Zyromski protestierte aufs entschiedenste gegen jede Maßregelung und erzielte auch, daß der Vorstand davon absah.

Renaudel ist darauf aus dem Parteivorstand ausgetreten.

Der Kampf gegen das englische Gewerkschaftsgesetz.

London, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei zusammengesetzte gewerkschaftliche Verteidigungskomitee trat am Mittwoch in London zusammen, um den Bericht über den bisherigen Verlauf des Feldzuges gegen das Gewerkschaftsgesetz der Regierung entgegenzunehmen. Die aus dem ganzen Lande eingelaufenen Berichte beweisen, daß die Kampfparole der Führer der britischen Arbeiterbewegung gegen das Gesetz von der gesamten organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens mit Begeisterung aufgenommen worden ist. Als eine der bemerkenswertesten Nebenerscheinungen des Feldzuges wurde festgestellt, daß die Agitation gegen die gewerkschaftliche Knebelung durch die Regierung die sozialistische und gewerkschaftliche Agitation in entlegene Gegenden getragen habe, in denen bisher die Bewegung nur äußerst schwach Fuß gefaßt hatte. Zahlreiche lokale gewerkschaftliche Organisationen und Ortsgruppen der Arbeiterpartei melden eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl als Folgeerscheinung des Angriffs der Regierung auf die organisierte Arbeiterschaft. Neue Pläne für die Fortführung und die weitere Verstärkung des Feldzuges gegen das Gesetz werden auf Grund der aus den Distrikten eingelaufenen Anregungen in den nächsten Tagen von einem Komitee festgesetzt werden, in dem außer den bisherigen Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei auch solche der Konsumgenossenschaften sitzen werden.

Tschangtsolin Oberbefehlshaber der Nordarmee.

London, 17. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Nach Meldungen aus Peking hat Tschangtsolin den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte zur Bekämpfung der roten Truppen übernommen. Wellington Ko ist endgültig von seinem Posten als Außenminister zurückgetreten. In der Provinz Schantung sind die Truppen des Südens weiter erfolgreich vorgerückt.

Vor dem Kampf um das Reichsschulgesetz.

Die Reichsregierung hat unter den gesetzgeberischen Arbeiten, deren Erledigung durch den Reichstag sie noch vor der großen Sommerpause wünscht, auch die erste Lesung des Reichsschulgesetzes aufgeführt. Als Sachbearbeiter für dieses Gesetz hat der Reichsinnenminister inzwischen den Ministerialrat Löffler aus dem württembergischen Kultusministerium nach Berlin berufen. Löffler war als Vertreter seines jeweiligen württembergischen Ministers an fast allen, wenn nicht überhaupt an allen, Besprechungen schulgesetzlicher und schultechnischer Art beteiligt, zu denen das Reichsministerium des Innern seit Herbst 1919 eingeladen hatte. Er galt mit Recht als einer der besten Sachkenner des höheren Schulwesens — er ist selber Oberlehrer (Mathematiker) gewesen —, kaum ein zweiter kannte sich so wie er in den verschlungenen Irrwegen unseres zersplitterten höheren Schulwesens mit seinem Lehrplandurcheinander und seinem Berechtigungsunwesen aus. Er genoß deshalb allgemeine Achtung, die durch die zurückhaltende Vornehmheit seines Wesens und durch seine musterhafte Gewissenhaftigkeit in der Erledigung aller ihm übertragenen Arbeiten verstärkt wurde. Wenn diese Eigenschaften für die Schaffung des Reichsschulgesetzes ausreichen würden, hätte der Reichsinnenminister mit der Berufung dieses Mannes eine ungewöhnlich geschickte Hand bewiesen.

Aber außer der für jeden Beamten erwünschten besonderen persönlichen Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit nützen dem neuen Manne im Reichsinnenministerium seine besonderen schultechnischen Kenntnisse für die Vorbereitung des Reichsschulgesetzes nichts. Dieses Gesetz kommt nur für die Volksschulen in Betracht, mit denen Löffler bisher wenig oder gar nichts zu tun gehabt hat. Aber selbst der noch so gute Volksschulpraktiker, sei er praktischer Pädagoge oder Verwaltungsmann, eignet sich nicht für die Bearbeitung des Reichsschulgesetzes, wenn er nicht außerdem und in erster Linie ein Schulpolitiker, noch mehr, ein Politiker mit Fingerspitzengefühl ist. Ist die Volksschule von jeher ein Politikum gewesen, bisher freilich leider nur in den Händen der weltlichen und kirchlichen Obrigkeiten, so ist sie es in unserer Zeit der Politisierung des gesamten Volkes noch mehr. Darüber zu klagen und die Volksschulangelegenheiten in erster Linie als ein Privilegium der Volksschullehrer anzusehen, verrät nur, daß man mit der Zeit nicht Schritt gehalten hat und ihre lebendige Forderung nicht versteht.

Die gesetzliche Regelung unseres Volksschulwesens nach seinen weltanschaulichen Antrieben und Tendenzen ist eine Angelegenheit des gesamten Volkes, erfreulicherweise durch das Grundschulgesetz auch für die Kreise, denen früher die Volksschule Hekuba sein durfte, weil sie ihren Nachwuchs in hochmütiger Geringschätzung der Volksschule gleich in den Standesvorschulen auf die höheren Schulen schicken konnten. Heute müssen alle Kinder wenigstens einige Jahre in die Volksschule gehen, für alle Kreise des Volkes ist es deshalb von größter Wichtigkeit, daß diese grundlegende Bildungsanstalt ihre bedeutsame Aufgabe erfüllen kann, ohne daß die schulfremden, verbitternden und das Volk auseinanderreißenden religiösen und weltanschaulichen Gegensätze diese Aufgabe auf Schritt und Tritt behindern und erschweren.

Die glücklichste Lösung der hier ruhenden und seit Jahrhunderten zu fortgesetzten Kämpfen führenden Schwierigkeiten wäre die völlige Verweltlichung des gesamten Schulwesens nach der Weise: gebt der Schule, was der Schule ist und der Kirche, was der Kirche ist! Erst dadurch würde die Schule die Staatsbürger vorbereiten, die, einig in der Hingabe am Staat und an die Gemeinschaft, ihre weltanschaulichen, politischen und wirtschaftlichen Gegensätze mit der notwendigen sachlichen Schärfe zwar, aber ohne die erbärmliche Verhetzung und persönliche Vergiftung des öffentlichen Lebens, auszutragen imstande wären.

In dieser Auffassung haben sich die verfassunggebenden Parteien seinerzeit in Weimar nicht zu einigen vermocht. Aber wenigstens ist die Anerkennung der weltlichen Schule, die wir als eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Weltlichkeit des Schulwesens ansehen, erreicht, vorläufig leider nur durch die Verfassung. Die Sozialdemokratie wird jeden Schulgesetzentwurf in erster Linie daraufhin ansehen, ob er der weltlichen Schule der Reichsverfassung gerecht wird oder wieder nach dem unerhörten Vorbild des Schiele-Gürich'schen Entwurfes die weltliche Schule zugunsten der verfassungsmäßig überhaupt nicht zulässigen sogenannten Weltanschauungsschule, einer Splitterschule ärgster Art, zu einer lächerlichen Form herabwürdigen will.

Damit wollen wir verhindern, daß die weltliche Schule gegen das übrige Schulwesen abgekapselt wird, wie wir aber auch andererseits mit allen Kräften zu verhindern bemüht sein werden, daß die übrigen Schularten durch hohe Zäune voneinander getrennt werden. Auf lange Zeit hinaus werden die Konfessionsschulen noch weitaus die Mehrzahl aller Schulen bilden, der Simultanschule wird es in Zukunft so wenig gelingen, wie es ihr in der Vergangenheit gelungen ist, breitere Kreise des Volkes für sich zu gewinnen — die rein formale Vorzugsstellung, die ihr die Verfassung seinerzeit aus politisch-taktischen Erwägungen eingeräumt hat, wird ihr dabei auch nur wenig nützen — um so mehr ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die konfessionelle Gestaltung der Volksschulen auf das denkbar geringste Maß beschränkt wird. Wenn schon den Religionsgemeinschaften leider ein gewisses Recht auf die Schulen zuerkannt ist, so haben sie sich doch im Interesse der technischen Leistungsfähigkeit der Schulen und ihrer staatsbürgerlichen Pflichten sehr zu bescheiden.

Die Sozialdemokratie sieht dem in den nächsten Tagen zu erwartenden Reichsschulgesetz mit dem ganzen Mißtrauen, das sie einer deutschnational orientierten Reichsregierung schuldet, entgegen. Sie hält ihre Waffen bereit und wird sie im gegebenen Augenblick zu führen wissen.

Zollschacher der Regierungsparteien.

Die Regierungsparteien haben sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit der Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Zollgesetzes und der Erhöhung einzelner Positionen dieses Gesetzes befaßt. Der Ausgang der Beratungen wurde offiziell nicht bekanntgegeben, aber es scheint, daß man sich über die Zollvorschläge geeinigt hat. Diese Einigung trägt nach unseren Informationen alle Merkmale eines Kompromisses,

Das Phantom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.

Alleinberechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

11] (Nachdruck verboten.)

„Ah, Sie interessieren sich wohl auch?" fragte er, als er mich über das Werk des amerikanischen Philosophen gebeugt sah.

„Nein, wirklich nicht, ich versichere es Ihnen!"

„Sie kommen noch dahin. Unsere sichtbare, aus konkreten Objekten gebildete Welt treibt langsam in einem größeren Universum, das aus abstrakten Ideen besteht, die dem konkreten Universum Sinn und Wert verleihen."

Er zitierte William James. Aber schon Plato lehrte im „Gastmahl" den Kult der reinen Idee. Alle Philosophen lassen eine vom äußeren Anschein unabhängige Wirklichkeit gelten. Diese Wirklichkeit allein genügte Falaise nicht mehr. Er forderte, daß sie sich sichtbar manifestieren. Nach dem Buch greifend, schlug er eine sicher oft von ihm durchstudierte Stelle auf und las sie mir vor. Danach können wir, zufolge des Berichtes eines Zeugen — im Zustand der Halluzination — ganz präzis neben uns eine Gegenwart verspüren:

„Mehrmals empfand ich in den letzten Jahren das, was man eine „Anwesenheit" nennt ... Gegen Ende September 1884 hatte ich zum ersten Male diesen merkwürdigen Eindruck. Ich wohnte in meinem Zimmer in der Universität. Eines Nachts, nachdem ich zu Bett gegangen, hatte ich eine ungemein lebhafte Halluzination: es griff nach meinem Arme, ich stand auf und untersuchte, ob sich ein Eindringling in der Kammer befände. Aber das Gefühl einer Anwesenheit im strengen Sinne kam mir erst in der folgenden Nacht. Ich hatte mich niedergelegt, die Kerze gelöscht und dachte über die Halluzinationen der gestrigen Nacht nach, da „fühlte" ich plötzlich, wie etwas meine Kammer betrat und ganz dicht beim Bett stehen blieb. Das währte eine oder zwei Minuten. Die Realisierung irgend eines meiner Sinne war es nicht, und doch empfand ich — im Zusammenhange damit — eine absolut quälende „Sensation", die tiefer in mir aufwühlte als eine gewöhnliche Wahrnehmung. Ich hatte das schmerzliche Gefühl, wie wenn in meinen Körper, besonders in der Brust, etwas zerrisse, aber es war im Grunde mehr Schauder als Schmerz. Auf alle Fälle war dieses Etwas da, und seine Gegenwart übte einen bestimmteren Eindruck aus, als je eine leibhaftige Kreatur. Ich war mir seines Gehens wie Kommens bewußt; blitzartig sah glitt es durch die Türe, und die furchtbare Sensation war vorüber. Wie ich mich die dritte Nacht in die Kammer zurückgezogen hatte — die Ausarbeitung eines Vortrages absorbierte mich völlig — da fühlte ich (noch ganz in Gedanken) die „Anwesenheit", aber nicht das „Kommen" dieses mir in der vorigen Nacht erschienenen Etwas, das eine so schreckliche Sensation begleitete. Ich konzentrierte alle meine geistige Kraft, um dieses Etwas, wenn es was Schlimmes war, zu vertreiben, wenn nicht, in Erfahrung zu bringen, wer oder was es sei; falls es sich nicht erklären konnte, mußte es sich entfernen, dazu wollte ich es schon zwingen. Es verschwand — genau wie in der vorigen Nacht — und der Zustand meines Organismus wurde wieder normal ..."

Falaise hatte diese Halluzination minutiös dargestellt, wie wenn das Etwas im Zimmer wäre, und er pathetische Beschwörungen an dasselbe richtete. Nach beendigter Lektüre wandte er sich zu mir:

„Ja", erklärte er (ohne sich im entferntesten nach meinem Befinden zu erkundigen, wie das doch bei Urlaubern, die dem Verhängnis entronnen sind, Brauch ist), „die unsichtbaren Dinge haben ihre Gesetze, ohne welche sich das Universum nicht erklären ließe. Und diese Gesetze können sich, wenn auch nicht dem Auge, so doch durch eine wirkliche Anwesenheit manifestieren. Wollen Sie jetzt die Offenbarung von James Russell-Lowell vernehmen?"

„Wer ist das?"

„Ich kenne ihn nicht."

„Ah!"

„Aber William James zitiert ihn!"

„Also immer noch James. Hören wir diese Offenbarung!"

Er schlug das Buch auf, in dem eine zweite Seite durch Umbiegen kenntlich gemacht war.

„Ich hatte Freitag abends eine Offenbarung ...."

„Also das sagt Russell-Lowell."

„Ja, gewiß."

„Ich hatte Freitag abends eine Offenbarung. Ich war bei Manne; es wurde von Geistern gesprochen, deren Anwesenheit fühlbar wird. Ich denke an, daß ich so etwas oft sage empfinde; Miller Putnam ..."

„Wer? Miller Putnam?"

„Nun, ein Miller dieses Namens, — Miller Putnam geriet mit mir über diesen Punkt in Diskussion. Während ich sprach, richtete sich die Welt des Unkörperlichen vor mir auf, wie wenn sie sich aus dem Abgrund mit der Majestät des Schicksals erhöbe. Niemals erkannte ich den Geist Gottes so klar in mir und um mich. Das ganze Zimmer schien von Gott erfüllt. Die Anwesenheit von etwas Unbekanntem machte die Luft vibrieren. Ich sprach mit der Ruhe und triumphierenden Klarheit des Propheten. Ueber das Wesen dieser Offenbarung kann ich Ihnen noch nichts sagen; ich habe sie noch nicht genügend durchdacht; aber eines Tages werde ich sie ganz verstehen; dann gebe ich Ihnen Aufschluß und Sie begreifen ihre ganze Majestät ...."

„Hat er sie seitdem durchdacht?"

„William James sagt darüber nichts."

„Nun, lassen wir ihn seine Vision in Gesellschaft des Mister Putnam und Mariens durchdenken."

Aber Falaise hatte für diesen spöttischen Ton kein Verständnis, woraus ich entnahm, daß er von dem neuen Glauben ganz besessen war. Er berauschte sich an der Wiederholung jener Stelle, die für ihn von einem spiritistischen Chateaubriand stammte:

„Die Welt des Unkörperlichen richtete sich vor mir auf, wie wenn sie sich aus dem Abgrund mit der Majestät des Schicksals erhöbe."

„Das ist", sagte ich, „was William James die ontologische Imagination nennt. Für den, der sie besitzt, oder von ihr besessen wird, ist dieses Gefühl der unsichtbaren Gegenwart stärker als die Argumente des Verstandes."

„Ohne Zweifel üben auf dem Gebiete des Metaphysischen oder Religiösen die logischen Folgerungen keinen Einfluß aus, wenn ihnen nicht die Intuition als Aufklärer oder Trainer dient."

„Sie übertreiben, Falaise. Sie übertreiben, William James geht nicht so weit. Er behauptet keineswegs, daß auf dem Gebiete des Metaphysischen oder Religiösen der erste Platz dem Irrationellen oder Unbewußten gehören müsse".

„Aber der Vorgang ist tatsächlich so. Die Erleuchtung kommt über mich. Danach finde ich die Gründe. Das ist der logische Verlauf."

Er verließ jetzt die erhabenen Regionen und ging unverzüglich auf den persönlichen Fall über: er brannte darauf, mich ins Vertrauen zu ziehen. So dienen die allgemeinen Ideen nur als Wandschirm für unsere persönlichen Schicksale. Wir benützen sie als Draperien, mit denen wir private Sorgen nach unserem Belieben verdecken.

(Fortsetzung folgt.)

ohne daß die agrarischen Forderungen unbedenklicher sind als vorher.

Angesichts des Sturms der Entrüstung, der durch die breiten Volksschichten ging, scheint man immerhin von der Forderung auf Abschaffung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 To. abgehen zu wollen. Nun will aber die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch keineswegs besser als bisher gestalten; denn statt des Gefrierfleischzolles sollen die Fleischzölle, besonders die Zölle für Speck, im Durchschnitt um rund 12 Mark erhöht werden. Den Kartoffelzoll will man nicht auf 2 Mark, sondern auf 1 Mark erhöhen. Der ermäßigte Satz macht aber immer noch eine 100prozentige Erhöhung des augenblicklichen Zolles aus und dürfte in der Praxis hinsichtlich der Volksernährung ebenso schädlich wirken wie der 2-Mark-Satz. Als Gegenleistung hat man den Agrariern die Erhöhung des Weizenzolls auf 5,50 Mark zugestanden. Damit leistet man sich angesichts der gegenwärtigen Getreideknappheit in Deutschland ein ganz tolles Stück; denn es ist selbstverständlich, daß der erhöhte Weizenzoll, auch wenn er erst im Oktober in Kraft tritt, sich schon jetzt durch einen gesteigerten Preis auswirkt.

Die ganzen Zollpläne der Regierung haben jedenfalls von ihrer Gefährlichkeit für die Ernährung des deutschen Volkes durch diese neuen Vorschläge nichts verloren.

Deutschnationale Hetze gegen Wirth.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth hat am Mittwoch bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Zurückziehung des Postgebührengesetzes für die Zurückziehung gestimmt. Die Rechtspresse tobt deshalb und behauptet, daß Wirth den Ausschlag für die Annahme des sozialdemokratischen Antrages gegeben habe. Diese Rechnung ist falsch; denn bei der ganzen Einstellung Wirths hätte er niemals für die Portoerhöhung mit ihren preissteigernden Auswirkungen gestimmt. Im besten Falle würde er sich enthalten haben. Der sozialdemokratische Antrag wäre also trotzdem statt mit 2 Stimmen mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden.

Das wäre das eine. Das andere ist die Unverfrorenheit, mit der die Deutschnationalen jetzt den Ruf nach Fraktionsdisziplin erheben und das Zentrum vom Standpunkt dieser Disziplin aus gegen Wirth aufzuputschen versuchen. Diese Mampe-Partei, die sich bei der Dawes-Abstimmung regelrecht in zwei Hälften teilte.

Landtagsauflösung in Sachsen abgelehnt.

Dresden, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages wurde sowohl der sozialdemokratische Mißtrauensantrag wie der kommunistische Auflösungsantrag mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Für die Annahme stimmten die Sozialdemokraten und die kommunistischen Abgeordneten und die beiden Abgeordneten der Nationalsozialistischen Partei, gegen die Anträge sämtliche bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen und der vier Abgeordneten der ASPS. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eberle hatte in der Debatte ausgeführt, seine Partei sehe in den vorliegenden Anträgen Agitationsanträge und wolle deshalb sachlich auf sie nicht eingehen. Seine Fraktion behielte sich die Entscheidung vor, bis der Ministerpräsident seine Ministerliste vorgelegt habe. Der Sprecher der Nationalsozialisten, Dittmann, begründete die Zustimmung seiner Partei zum Mißtrauensvotum mit dem Verbot des Wiking durch die sächsische Regierung. Soweit sich aus den Mitteilungen der sächsischen Presse ersehen läßt, besteht vorläufig keinerlei Aussicht auf Beendigung der sächsischen Krise. Die Deutschnationalen sind mit ihren Forderungen dauernd zurückgegangen. Wenn aber die Deutschnationalen heute trotzdem gegen das Mißtrauensvotum gestimmt haben, so offenbar nur deswegen, weil sie in der heutigen Situation Landtagswahlen vermeiden wollen.

Sozialdemokratische Bereitschaft zur Regierungsbildung in Mecklenburg.

Aber nur bei Anerkennung nachstehender Grundsätze.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Mecklenburgischen Landtages hat beschlossen, an die nicht in der Regierung vertretenen Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen und Völkischen folgendes Schreiben zu übermitteln, und zwar mit dem Ersuchen um Mitteilung, ob Neigung besteht, auf dieser Basis mit den Regierungsparteien Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung zu führen:

„Der Ausfall der Landtagswahlen am 22. Mai hat das politische Bild des jetzigen Landtages gegenüber dem vorhergehenden nicht wesentlich verändert. Aus diesem Wahlkampf ist die Sozialdemokratische Fraktion gestärkt hervorgegangen. Sie fühlt sich deshalb verpflichtet, die Verhandlungen zur Schaffung einer tragfähigen Landtagsmehrheit einzuleiten. Die Sozialdemokratische Fraktion ist bereit, mit den anderen Parteien gemeinsam eine Regierung zu bilden, wenn diese Parteien folgende Grundsätze für die künftige Arbeit im Lande Mecklenburg anerkennen:

1. Fortführung des Wirtschaftsprogramms, das durch die bisherige Regierung eingeleitet ist: a) weitere Förderung des Siedlungswesens, b) bevorzugte Ansiedlung derjenigen Landarbeiter, die durch die Aufteilung von Gütern zu Siedlungszwecken arbeitslos werden oder die wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Gesinnung gemaßregelt worden sind, c) Anerkennung des Wohnungsbauprogramms, wie es durch das Gesetz im April 1927 verabschiedet worden ist, d) weitere Förderung des Wohnungsbaues für Landarbeiter, e) Durchführung des Chausseebauprogramms, wie es bereits eingeleitet ist, f) Fertigstellung der Kliniken in Rostock.

2. Fortsetzung einer sozialen und gerechten Steuerpolitik, Aufrechterhaltung des Steuervereinfachungsgesetzes, wie es im Frühjahr 1927 verabschiedet wurde.

3. Weiterer Ausbau der sozialen Fürsorge: a) Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, bis durch Schaffung von neuem Wohnraum die Wohnungsnot behoben ist, b) verstärkte Fürsorge für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner.

4. Schutz der Landwirtschaft: a) sofortige Revision des Landwirtschaftskammergesetzes in dem Sinne, daß der Landarbeiter und der Kleinlandwirt entsprechenden Einfluß in dieser für die Landwirtschaft so wichtigen Körperschaft bekommt; b) Beschleunigung der Vererbpachtung der ritterschaftlichen Bauern; c) Schaffung eines einheitlichen Bodenrechtes in Mecklenburg, das dem kleinen und mittleren Landwirt eine freiere Ausnutzung seines Besitzes unter Vorbehalt der staatlichen Hoheitsrechte ermöglicht.

5. Rechtspflege: Alle gesetzlichen Mittel sind von der Regierung in Anwendung zu bringen, damit die Rechtsprechung ein sicherer Pfeiler der republikanischen Staatsform und der Staatsordnung wird.

6. Polizeiwesen: Die Polizei muß ein sicheres Schutzmittel des Freistaates, seiner Verfassung, seiner Gesetze, seiner Verwaltung und seiner sonstigen Einrichtungen sein.

7. Verwaltungsreform: Die Verwaltungsreform ist beschleunigt vom Landtag durchzuführen, mit dem Ziel der Aufhebung der Drosteien und der Zusammenlegung aller Staatsbehörden. Die Selbstverwaltungskörper, Aemter und Gemeinden sind weitestgehend mit den Aufgaben, die heute von den Drosteien erledigt werden, zu betrauen.

8. Kulturpolitik: Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen der Reichsverfassung durchzuführen. Das pädagogische Lehrerinstitut ist der Universität in Rostock anzugliedern. Für Lehr- und Lernmittel, für Freistellen und Unterhaltsbeihilfen an den höheren Schulen sind weitere Mittel bereitzustellen, damit den minderbemittelten und begabten Volksschülern weitestgehende Möglichkeit zur Erreichung der höchsten Bildungsstufe gegeben werden kann.

Wir bitten um Mitteilung, ob die Parteien gewillt sind, über die Erweiterung der Regierung auf dieser Grundlage mit uns zu verhandeln."

* * *

Der demokratische Abgeordnete des neuen Mecklenburgischen Landtages hat sich mit den beiden Vertretern der Mieterpartei zu einer Fraktion der Mitte zusammengeschlossen.

Der Reparationsagent,

der Amerikaner Parker Gilbert, hat sich in seinem letzten Bericht scharf gegen die deutschnationalen Revisionsansprüche gewandt. Gilbert, Generalagent für Reparationszahlungen, stellt bekanntlich die Verbindung zwischen der Repko (Reparationskommission) und den Kommissaren dar, die zur Durchführung des Dawes-Gutachtens bestimmt sind. Auf Gilberts Konto bei der Notenbank gehen alle Zahlungen, die Deutschland an die ehemaligen Kriegsgegner zu zahlen hat, und die durch Annahme des Dawes-Gutachtens im August 1924 festgelegt wurden.

Disziplinarverfahren sind dringliche Angelegenheiten.

Amtlich wird mitgeteilt: Aus mehreren Schreiben des Vorsitzenden des Disziplinarhofes, so führt der Preußische Minister des Innern in einem Erlaß an die Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung aus, ergibt sich, daß die Disziplinarverfahren noch immer nicht überall mit dem notwendigen Eifer betrieben werden. Der Minister weist daher nochmals darauf hin, daß Disziplinarsachen unter allen Umständen als besonders dringliche Eilsachen zu behandeln sind. Die Führung der Voruntersuchung, die Anfertigung der Anschuldigungsschrift, die Durcharbeitung der Akten vor der Hauptverhandlung, die Absetzung der Entscheidung und die Einreichung der Akten an die Berufungsinstanz sind mit aller nur erdenkbaren Beschleunigung durchzuführen. Das erscheint im Hinblick darauf notwendig, daß die dem Disziplinarverfahren zugrundeliegenden Verfehlungen nicht selten ein beträchtliches Aufsehen in der Oeffentlichkeit hervorrufen, es liegt aber auch im Interesse des Beamten, dessen Schicksal als Beamter vom Ausgange des Verfahrens abhängt und deshalb dringlichster Klärung bedarf.

Im übrigen ist, da sich herausgestellt hat, daß die bei Einreichung der Akten an den Disziplinarhof beizufügende gedrängte Darstellung des Sachverhalts für die Zwecke des Disziplinarhofes nicht ausreicht und nur die Einsendung der Akten zum Teil unliebsam verzögert, in Zukunft von der Beifügung dieser gedrängten Sachdarstellung abzusehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Abgelehnte Revisionsanträge verurteilter französischer Kommunisten. Die Kassationskammer des Pariser Strafgerichts hatte sich am Donnerstag mit einer Reihe Revisionsanträgen von Abgeordneten und Parteimitgliedern der Kommunistischen Partei zu beschäftigen, die wegen antimilitärischer Propagandatätigkeit zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Sämtliche Revisionsanträge wurden abgelehnt, darunter auch einer des Abgeordneten Cachin gegen eine Verurteilung von sechs Monaten Gefängnis.

Tschitscherin beim Reichskanzler. Der Reichskanzler empfing gestern den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, der sich von der Reichsregierung vor seiner Abreise nach Rußland verabschiedete.

Todesurteil wegen Spionage. Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte das Militärtribunal in Kronstadt den ehemaligen Kommandanten eines der Baltischen Flotte angehörenden Schiffes, Klepikow, wegen Spionage zugunsten Englands zum Tode und seine Frau wegen Beihilfe zu 3 Jahren Gefängnis. Klepikow hat eingestanden, einen Vertreter des englischen Geheimdienstes in Finnland mit Geheimberichten über den Zustand der Kriegsstreitkräfte Sowjet-Rußlands, besonders der Flotte, versorgt zu haben.

Schweres Autounglück in Berlin.

26 Verletzte.

In Schöneberg ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Autobusunglück, das in seiner Wirkung zu den furchtbarsten gehört, von denen Berlin jemals betroffen worden ist.

Der vollbesetzte Omnibus der Linie 5, von Steglitz zur Innenstadt fahrend, passierte die abschüssige Hauptstraße in Höhe der Vorbergstraße um 3¼ Uhr in normaler Beschleunigung. Kurz bevor der Omnibus an dem Hause Hauptstraße 9 vorbeifuhr, kam aus dem Geschäft von Burmeister der Hausdiener Alfred Bostelmann aus der Rückertstraße 8 in Charlottenburg, schwang sich aufs Fahrrad und wollte mit dem Rade die Straße überqueren, um auf die andere Fahrseite zu gelangen. Der Fahrer des Omnibusses, der an dem Radfahrer nicht vorbeifahren konnte, gab ununterbrochene Warnungssignale, um den Radfahrer zu veranlassen, rechts heranzufahren. Nach anfänglichem Zögern fuhr Bostelmann auch nach rechts ab.

Jetzt glaubte der Chauffeur den Zeitpunkt gekommen, um vorbeifahren zu können und hielt, um ihn zu überholen, nach links ab. Wider Erwarten machte der unglückliche Radfahrer, offenbar kopfscheu geworden, dieselbe Bewegung mit und blieb dabei in der Schiene der Straßenbahn hängen. Dem Omnibusführer, der den Radfahrer nicht überfahren wollte, blieb nichts anderes übrig, als abermals scharf rechts einzubiegen. Durch das plötzliche Herumreißen des Steuers legte sich der Autobus auf die Seite und fiel im Fahren langsam um. 4 Fahrgäste des Omnibusses wurden schwer, 22 leicht verletzt.

Aus dem Inneren des Wagens ertönten furchtbare Schreie, die Fahrgäste, die auf dem Verdeck saßen, flogen in weitem Bogen auf das Pflaster, wo sie zum Teil durch Knochenbrüche schwer verletzt, hilflos liegen blieben. In wenigen Sekunden hatten sich zahlreiche Passanten eingefunden, um den im Wagen Eingeschlossenen und den Herabgestürzten Hilfe zu bringen. Die Fahrgäste des inneren Wagens hatten fast ausnahmslos blutende Verletzungen durch die umherfliegenden Glassplitter erlitten. Der schuldige Radfahrer, der ebenfalls schwere Beinquetschungen erlitten hatte, wäre von der erregten Menge fast gelyncht worden, wenn nicht Polizeibeamte hinzugesprungen wären, die ihn festnahmen.

Tödlicher Unfall in einer Schupokaserne.

In der Kaserne der Schutzpolizei in Berlin-Schöneberg waren auf einer Stube eine Anzahl Wachtmeister mit Waffenreinigen beschäftigt. Einer der Beamten versuchte dabei, seine Pistole vor dem Reinigen zu entladen. Plötzlich löste sich aus der entsicherten Waffe der Schuß und drang dem 26jährigen Wachtmeister Karl Heinrich in die Brust. Der unglückliche Schütze wurde in Haft genommen.

Erfinderschwindel.

Die Erfindung des angeblichen 21 Jahre alten Studenten Eißländer, der der Reichsbank eine Geldzählmaschine angeboten hat, ohne ihr allerdings die Erfindung vorzuführen, hat sich als Schwindel herausgestellt. Inzwischen ist es dem „Erfinder" gelungen, sich in einer kleinen bayrischen Stadt mit Hilfe eines gefälschten Telegramms und gefälschter Papiere der Reichsbank 25 000 Mark auszahlen zu lassen. Der Schwindler konnte am Donnerstag vormittag in Nürnberg verhaftet werden.

Die Verurteilten im Donner-Prozeß begnadigt.

Wie die „Vossische Zeitung" berichtet, hat die sächsische Regierung den Gärtner Krönert und Frau Donner, die vor etwa sieben Jahren den Ehemann, Assessor Donner, ermordet hatten und deswegen im Dezember v. J. vom Schwurgericht in Dresden zum Tode verurteilt worden waren, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Ein Todesurteil.

Das Schwurgericht Prenzlau verurteilte den Raubmörder Adolf Köpke, der am 19. Februar auf der Chaussee zwischen Joachimsthal und Golzow (in der Nähe von Eberswalde) den Bierfahrer Weissel aus dem Hinterhalt erschossen hatte, zum Tode. Köpke wollte sich um jeden Preis Geld verschaffen. Er lauerte dem Bierkutscher, der mit seiner ganzen Tageseinnahme auf der Rückfahrt nach Eberswalde war, auf und verletzte ihn durch mehrere Schüsse, die er aus dem Chausseegraben abgab, tödlich. Der Verwundete konnte noch bis Golzow fahren, wo er, vor dem Wirtshaus angekommen, tot vom Bock fiel. Der Angeklagte erklärte, die Tat in einem Dämmerzustand begangen zu haben, die Gerichtssachverständigen erklärten ihn jedoch für geistig vollständig normal.

Bestätigte Todesurteile.

Der Waldarbeiter Wilhelm Gerritz war am 27. März vom Schwurgericht Düsseldorf wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. G. hatte am 7. Juli 1916 seine Ehefrau getötet. Erst nach 10 Jahren fiel der Mordverdacht auf ihn und er wurde der Tat überführt. Der Verurteilte hatte Revision beim Reichsgericht eingelegt, die jedoch am Donnerstag verworfen wurde. — Gleichfalls verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Landarbeiters Wilhelm Ehrlich, der wegen Ermordung seiner Ehefrau vom Schwurgericht Stettin am 12. März zum Tode verurteilt worden ist. — Auch die Revision des Gärtners Otto Wolff aus Neustadt (Oberschlesien), der am 29. März vom Schwurgericht Neisse wegen Doppelmord und Raub zweimal zum Tode verurteilt worden ist, wurde verworfen.

Chamberlin und Levine in Bremerhaven.

Die beiden Ozeanflieger Chamberlin und Levine sind am Donnerstag, abends 8 Uhr, mit Sonderzug von Bremen in Bremerhaven eingetroffen. Auf dem Dampfer „Bremen" veranstaltete der Norddeutsche Lloyd eine Begrüßungsfeier.

Unterschlagung von 10 000 Mark.

Die Polizei verhaftete den Vorsitzenden des Chemnitzer Vereins für Aufwertung notgestempelter Tausendmarkscheine, Lehmann, wegen Unterschlagung aller Mitgliederbeiträge in Höhe von 10 000 Mark.

Straßenbahnzusammenstoß in Kassel.

In einer Kurve am Brasselsberg in Kassel stieß in voller Fahrt ein Motorwagen der Straßenbahn, der mit 12 bis 14 Personen besetzt war, mit einem entgegenkommenden unbesetzten Motorwagen zusammen. Durch den Anprall wurden die beiden Vorderplattformen vollkommen eingedrückt und fast alle Insassen durch Glassplitter verletzt. Der Fahrer des besetzten Wagens trug die schwersten Verletzungen davon.

Ausbruch eines Zuchthäuslers.

Aus dem Wittenberger Amtsgerichtsgefängnis ist der Stellmacher Senftleben, der erst kürzlich aus dem Zuchthaus in Luckau ausgebrochen war, abermals entflohen. Senftleben schmuggelte eine Kohlenschippe in seine Zelle, mit der er die Zellenwand durchbrach.

Opfer der Berge.

An der Nordseite der Benediktenwand, auf der sogenannten Stadelbauer-Route, sind zwei Münchener Touristen tödlich abgestürzt. Bis jetzt ist nur der Name des einen bekannt und zwar Hermann Kobel. Die Leichen sind geborgen. — Die Züricher Alpinisten Hans und Walter Lang, die am 4. Juni von Arolo im Oberteesin zu einer Bergbesteigung aufgebrochen waren und seitdem vermißt werden, wurden unterhalb der Capli-Höhle, 2500 Meter, am Wege erfroren aufgefunden.

Massenvergiftung.

In einer ätherische Oele verarbeitenden Fabrik in Mitlitz beschäftigte Arbeiter fanden auf dem Boden mehrere Flaschen mit verschiedenen Flüssigkeiten. Die Arbeiter kosteten von dem Inhalt der Flaschen und elf Personen von ihnen tranken größere Mengen. Kurze Zeit darauf wurden sie von heftigem Unwohlsein befallen; drei Arbeiter sind bereits gestorben, ein vierter liegt hoffnungslos darnieder. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um eine Vergiftung durch Nitrobenzol.

Eine Filmdiva gebrandmarkt.

Die unter dem Namen Doris Dore Wia bekannte Filmschauspielerin, die zuletzt in dem Film „Unsterbliche Tragödie" eine führende Rolle spielte, wurde in ihrem Heim in Hollywood in der Nacht im Schlafe überfallen. Der Uebeltäter, der bis jetzt völlig unbekannt ist, hat der Künstlerin den Buchstaben K auf Stirn, Kinn und Brust eingebrannt.

Kaufhaus M. Robowski

Gräbschener Str. 54, Gräbschener Str. 82a,
Hohenzollernstr. 2, Wesselstr. 54 Ecke Lauthenstr.

Strümpfe / Socken / Herrenartikel
Kinderartikel / Wäsche / Kurzwaren

Billigste Preise! Große Auswahl

Stadttheater
Freitag, 8 Uhr: Zum letzten Male! **„Der Mikado"**
Sonnabd. 7 Uhr: **Der Rosenkavalier**
Sonntag 3½ Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen **Zar und Zimmermann**
Abends 8 Uhr: Zum letzten Male **Der Vogelhändler**

Schauspielhaus. 8314
Operettenbühne. Tel. Stephan 35300.
Täglich 8 Uhr: Der große Operetten-Erfolg!
„Die Csardasfürstin"
Sonntag, nachm. 3½ Uhr: **„Die Zirkusprinzessin"**
Dienstag, 8 Uhr: Zum 5. Male: **„Die Csardasfürstin"**

Lobe-Theater 8318
Tel. Ring 6774 u. 6700
Freitag, 20 Uhr: Zum letzten Male! **Androklus und der Löwe**
Sonnabend, 26 Uhr Zum ersten Male **Saison-Ausverkauf**
Revue des Schauspiels **Thalia-Theater Geschlossen!**

Schlesisches Landesorchester
Heute Freitag 7½ Uhr: **Südpark-Konzert**
unter Mitwirkung des G.-V. „Phöbus" (Leit. Rohrich) Leit. Schürer. Eintritt 50 Pf.

Victoria
Theater — 8¼ Uhr.
Revue der Einakter.
Jugendl. verboten
Olga Irén **Fröhlich**
bekannte Breslauer Soubrette
Deutsch-Amerikan. Soubrette
Ella Rösner in: **„Spelunke"**
Hochpost Hard
Heute Carina **Besuch Bett!**
im „Silberbach's" Tabarette
Billetts nur gegen Revers!
Im Garten, 8½ Uhr **Gart.-Kino-Varieté**
Neues Spielplan.
Eintritt frei!

Henkner's Festsäle, Morgenau
Sonnabend, den 18. Juni:
Sommernachtsball · Fahnenweihe
S. P. D. Distrikt 29 8499
Diverse Ueberraschungen!
Eintritt: Herren 80 Pf., Damen 65 Pf.
Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende???

Kristall-Palast
Der beispiellose Erfolg
Mata Hari
Die rote Tänzerin
Eine Frau — Eine Kurtisane
Ein internationales Rätsel
Das Geheimnis ihres Lebens und Todes in **10 Akten.**
Auf der Bühne: Der Revue-Star
Lu Adronowitsch. 8359

Wartburg-Lichtspiele
Nur bis Montag!
Das gewaltige **Sensations-Abenteuer**
Expreß in Flammen.
8 Akte.
Ferner: **Raquel Meller** in
Die Veilchen der Kaiserin.
Eine Liebestragödie am Hofe Napoleons III. - 6 Akte
Deulig-Woche.
Sonntag 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung.
Tom Mix in Wild-West oder Groteskes. 8351

TdN Theater des Nordens
Fürstenstr. 32
Der neueste durchschlagende Erfolg deutscher Filmkunst!
Die 3 Niemandskinder 6 Akte
Ein Meisterfilmwerk n. d. bekannt. Roman v. Carl Rößler
Hauptdarsteller:
Der neue aufsteigende Filmstern Greta Graal, Xenia Desni, Adele Sandrock, Olga Tschechowa, Fritz Alberti, K. Vespermann, Diegelmann, Picha, Val Rex.
Fern.: Orig. Denny: **In New-York ist was los!** 8 Akt
Wieder ein Programm, das jeder sehen muß!

Billiger Fleisch-Verkauf!

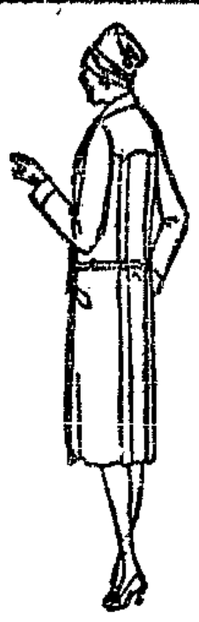
Schweinefleisch		Pfd.	0.75 u. 0.80
Schweinskoteletts	Pfd. 1.10	Schnitzel . Pfd.	1.20
Schweinsköpfe			0.40
Frischer Speck	0.90	Lungenfett	0.85
Rückenspeck			1.10
Bindfleisch ohne Knochen		Pfd.	1.00—1.30
Suppenfleisch			0.70—0.90
Kalbfleisch ohne Knochen			1.30—1.50
Rauchfleisch			1.20—1.30
Pökelfleisch			0.90—1.00
Gepökelte Eisbeine		Pfd.	0.75
Gulaschfleisch		Pfd.	0.70 u. 0.80
Gehacktes			0.80
Reines Schweineschmalz			0.90
Leber- und Preßwurst		¼ Pfd.	0.20
Mettwurst u. Braunschweiger		¼	0.25
Preßkopf und Mortadella		¼	0.30
Fl. Aufschnitt		¼	0.40
Gekochten Schinken		¼	0.50

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt zu billigsten Preisen 8356
Adolf Weiß, Moltkestraße 13.

Zur billigen Schuhzentrale
Neumarktgasse 30, Ecke Schuhbrücke
Werbetage
mit **spottbilligen** Preisen. 8350
Damen- und Herrenschuhe in einfachster bis elegantester Art. Einzelpaare ermäßigt bis 50%.
Kinderschuhe, schwarz und braun
5.95, 4.95, 3.95, 3.25
Arbeitsschuhe, Ia 9.50 8.50, 7.50, 6.50

Goldene Zeugnisse
jugendlos — Gravierung gratis
Stabilbekannt billige Preise
Größtes Lager, auch in Uhren u. Goldwaren
Für jeden volle Garantie
bürgt ein 40jähriges Bestehen meiner Firma
Uhrmacher Goldschmied
Schmiedebrücke 56 Tel. Ohle 5153
Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke.

Druckerei Volkswacht
liefert
moderne Drucksachen
Breslau 2, Kurfürstenstraße 136



Allwetter
Passenform., in neuesten Karos 19.75
Herrenstoff, hochneu vornehme Mode 28.75

9048

Uebergangsmantel
in Tuch, braun, mode, taupe, auch für starke Frauen 19.75

M. Berger Nachfolger
Damen-Mäntelfabrik, Ohlauer Straße 80

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Man ist des Lobes voll über die Qualität und Preiswürdigkeit der bei mir neu eingeführten
Kühlfische
Es ist dies ein Fortschritt im Seefischhandel auf wissenschaftl. Grundlage.
Heute biete ich an:
Kabeljau-Filet
ohne Haut und ohne Gräten
das Pfund 55 Pf.
Gerade jetzt in der warmen Jahreszeit empfehle ich dieses Kühlfisch-Filet, welches für die Pfanne fix und fertig zerbrochen wird.
In
Matjes-Heringen
habe ich wundervolle, prächtige, dickrückige und zartfleischige Fische heranbekommen und kostet das Stück je nach Größe und Qualität
10, 15, 25—35 Pf.
Zuaze
Rosenthaler Mettwurst
gebe ich diese Woche
noch das Pfund zu 34 Pf. ab.
Heute empfing ich einen großen Posten
Dauerwurst
aus nur Inlandsfleisch hergestellt, die ich das Pfund mit Mk. 1.60 verkaufe.
Ferner:
Leberwurst mit Fettstücken das Pfd. 0.70
Gutsleberwurst . . . . das Pfd. 1.20
Delikateß-Leberwurst . . das Pfd. 1.60
ff. Zervelatwurst das Pfd. 2.00—2.40
Pommersche Teewurst . das Pfd. 1.80
Preßwurst . . das Pfd. 0.80, 1.20, 1.60
Ungarischen Rückenspeck
Delikateßware das Pfd. Mk. 1.20
Amerik. Schweineschmalz in das Pfd. 0.74
Kokosfett in 1 Pfd.-Tafeln das Pfd. 0.50
Nudertalg . . . . . das Pfd. 0.60
Margarine in Würfeln, meine anerkannt erprobten Marken
das Pfd. 0.55, 0.60, 0.65, 0.75—1.10
Von **Käse-Sorten**
kommt nur bestgepflegte Ware zum Verkauf
Ich biete an:
Schweizer Käse, vollfettig zart . . . . . das Pfd. 1.60
Tilsiter Käse, vollfett . . das Pfd. 1.40
Edamer, prachtvolle Qualität ¼ Pfd. 0.23, das ganze Pfd. 0.75
die ganze Kugel zirka 3½ Pfd. das Pfd. 0.72
Deutscher Chester Käse Ia das Pfd. 1.20
Romadur, das Stück wiegt zirka 50 g und 5 Stück kosten 0.25
u. a. m.
8355
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei, Tee-Import
Biere-Versandhaus u. Weingroßhandlg.
Breslau 1, Albrechtstraße 58.

LEBENSKRAFT

Was bedeutet Lebenskraft für den Menschen? Energie, ständige Bereitschaft für großes Können und hervorragende Leistungen, Lust und Liebe zur Arbeit und Freude und Zufriedenheit in den Mußestunden nach der Arbeit! Darin stecken die Begriffe: Lebenskraft und Lebenskunst.

Jeder Mensch möchte mit obigen Glücksgütern ausgestattet sein. Dazu ist die wichtigste Vorbedingung zu erfüllen: Erhalte Deine körperliche Gesundheit, sorge dafür, daß Dein inneres System in guter, normaler Verfassung ist und regulär arbeitet. Eine tägliche kleine Dosis Kruschen-Salz frühmorgens erhält den Organismus frisch und gesund, beugt Ablagerungen von Giftstoffen und deren schädlicher Wirkung vor, kurz, beeinflußt die Gesundheit fördernd.

Kruschen Salz

Was ist Kruschen-Salz?
Kruschen-Salz ist eine wissenschaftliche, auf Grund langjähriger, vielseitiger Beobachtung des menschlichen Organismus erfolgte Zusammenstellung derjenigen wirksamen, mineralischen, alkalihaltigen, chemisch reinen Salze, die der Körper für Blutbeschaffenheit, Stoffwechselgang und allgemeine Gesundheit von fördernder Nutzen sind. Kruschen-Salz wirkt der durch häufige unzweckmäßige Ernährung leicht entstehenden Alkaliverarmung des Blutes entgegen.

In Apotheken und Drogerien M. 3,— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

„WALDFLORA"
Die bekannten giftfreien Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern erhältlich:

Bei:	*Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenen Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung*	*Nr. 0*
Bei:	*Zuckerkrankheit*	*Nr. 1*
„	*Blasenleiden*	*Nr. 3*
„	*Nierenleiden*	*Nr. 4*
„	*Lungenleiden, Asthma*	*Nr. 5*
„	*Gallensteinen*	*Nr. 7*
„	*Magen- und Darmleiden*	*Nr. 8*
„	*Nerven- und Herzstörungen*	*Nr. 9*
„	*Stuhl-Störungen*	*Nr. 10*

Als unentbehrliches Hausmittel verlangen Sie nur: Pflugs echt austral. Eucalyptus-Öl in der Dreikantflasche.

Verkauf in Apotheken u. Drogerien. Druckschriften über „Waldflora" erhalten Sie dort kostenlos.

Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Reiseführer und Karten
erhalten Sie in den
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Gabitzenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11

Leihweise elegante 8348
Frack- u. Rock-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Für 20 Mk.
an fertige Ihnen
1 Anzug
mit Zutaten unter Garantie für erstklassigen Sitz. Bringen Sie Ihre Stoffe ins Tuch- u. Maßgeschäft
Brunnenstr. 8
1. Etage. 8353

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der Volkstümliche Kosmos
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Wohnungen

Tausche
2fenstrige Stube mit Kabinett, 1fenstrige Küche (Seitenflg.) gegen ebensolche in Nähe Oelsner-Straße. Offert. u. W 42 an die Geschst. d. Zeitg., Flurstraße 4, erbet. 483

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Kleine Singer-Nähmaschine für 75 Mk. zu verkaufen. Händler verbeten. Fritsch, Ballei-gasse 1, 1. Etg. rechts.

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Barf; für die Anzeigen: Max Tokus. — Redaktion: Gründelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. Juni.

Vom Fleischwucher.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Breslau stieg in der letzten Woche das Kilogramm Rindfleisch von 226 auf 234 Pf., das Kilogramm Kalbfleisch von 232 auf 240 Pf. und das Kilogramm Hammelfleisch von 244 auf 252 Pf. Das gibt uns Veranlassung, nachzusehen, wie hoch die Preise vor der Wahl im Mai 1924 standen, und wir finden dort Rindfleisch mit 179, Kalbfleisch mit 204 und Hammelfleisch mit 212 Pf. verzeichnet. Die Fleischpreise sind also durch die Zölle ganz gehörig in die Höhe gewuchert worden. Allerdings nicht so stark wie das Brot, denn dafür bildeten die Gefrierfleischverträge, die Genosse Robert Schmidt als Wirtschaftsminister mit Amerika geschlossen hatte, zunächst noch ein Hindernis. Bald aber wird auch ein Riesenzoll auf Gefrierfleisch wirksam werden, und dann wehe euch, ihr Hausfrauen! Wird die Gefrierfleischkonkurrenz ausgeschaltet, dann steigen die Fleischpreise genau so wie die für Brot. Wir erinnern wieder daran, damit es bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen wird, daß das Vierpfundbrot vor der letzten Wahl 48 Pf. und heut 84 Pf. kostet.

Befreiung vom Religionsunterricht.

Ueber die Befreiung eines schulpflichtigen Kindes vom Religionsunterricht herrscht noch immer eine große Unkenntnis. Nach Artikel 149 Abs. 1 der Reichsverfassung ist der Religionsunterricht in der Schule zwar ordentliches Lehrfach, aber nur in dem Sinne, daß die Schule verpflichtet ist, dieses Fach lehren zu lassen, nicht jedoch in dem Sinne, daß der Schüler genötigt ist, den Religionsunterricht auch zu besuchen. Nach Artikel 149 Abs. 2 R.-V. bleibt die Bestimmung über die Teilnahme eines schulpflichtigen Kindes an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen, demjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. Nach dem Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung liegt die Bestimmung der religiösen Erziehung der Kinder grundsätzlich den Eltern ob. Sie haben dieses Recht nur dann nicht, wenn ihnen das Recht, für die Person des Kindes zu sorgen, vom Vormundschaftsgericht entzogen worden ist. Bei einem verwaisten Kinde trifft der Vormund die Bestimmung der religiösen Erziehung des Kindes; bedarf dazu aber der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Der Erziehungsberechtigte also ganz allein ist berechtigt, das Kind vom Religionsunterricht fernzuhalten. Eine Mitwirkung oder gar eine Genehmigung seitens der Schulbehörde ist nicht mehr notwendig.

Wie bringt nun der Erziehungsberechtigte seinen Willen, das Kind vom Religionsunterricht zu befreien, zum Ausdruck? Durch eine einfache formlose, schriftliche oder mündliche Mitteilung an den Schulleiter, den Klassenlehrer oder den den Religionsunterricht erteilenden Lehrer seines Kindes. Der Erziehungsberechtigte braucht dazu weder ein langatmiges Gesuch abzufassen, noch braucht er auf eine Entgegnung seiner Willenserklärung von seiten der Schulbehörde zu warten, bis er sein Kind vom Religionsunterricht fernhalten darf. Durch seine Erklärung wird das Kind mit sofortiger Wirkung vom Religionsunterricht befreit. Nach einer Verfügung des Preußischen Unterrichtsministers vom 22. August 1919 soll die Befreiung vom Religionsunterricht zwar nur zu Beginn des Schulhalbjahres für das Schulhalbjahr erfolgen. Durch diese im Interesse eines ordentlichen Schulbetriebes aufgestellte Ordnungsvorschrift wird natürlich keineswegs das Recht des Erziehungsberechtigten aufgehoben, sein Kind auch im Laufe des Halbjahres vom Religionsunterricht zurückzuhalten. Der neueste Erlaß des Unterrichtsministers vom 29. März 1924 (Z.Bl. S. 122) über diese Materie besagt:

„Die Nichtteilnahme am Religionsunterricht erfordert die Erklärung der Eltern. Nach dem Sinne des Artikel 149 Abs. 2 R.-V. genügt für diese Erklärung einfachste Form. Es braucht nur festzustehen, daß die Berechtigten, die nach dem Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 über die religiöse Erziehung des Kindes bestimmen, ihren Willen deutlich erklärt haben. Art. 149 hat den früheren Grundsatz einer Befreiung vom Religionsunterricht, das heißt einer Freistellung vom Unterricht durch einen Akt der Unterrichtsverwaltung beseitigt. Materiell können nur die zur Bestimmung der religiösen Erziehung Berechtigten erklären und damit bestimmen, daß ein Schüler nicht am Religionsunterricht teilnehmen soll. Die Beweggründe hat die Verwaltung nicht zu prüfen, vielmehr nur festzustellen, ob der Berechtigte seinen Willen zweifelsfrei erklärt hat."

Danach gilt also der Rechtsatz, daß für die Befreiung eines Schulpflichtigen vom Religionsunterricht auch während des laufenden Schulhalbjahres die einfache, formlose Erklärung der Eltern oder des sonst erziehungsberechtigten Vormundes erforderlich und ausreichend ist; einer Mitwirkung der Schulaufsichtsbehörde bedarf es dazu nicht. Dieser Rechtsatz stimmt auch mit einer Entscheidung des ersten Strafsenats des Kammergerichts vom 17. Dezember 1926 überein. Dr. Brechling.

Die „Hahnenkrähe".

In der Frankfurter Straße steht, wenn man von der Stadt her kommt, rechter Hand, eine alte, schon stark verwitterte Säule, die unter dem Namen „Hahnenkrähe" bekannt ist. Wenige wissen, daß diese Säule aus dem Jahre 1555 stammt und vom Rat der Stadt wahrscheinlich als Grenzstein an Stelle einer älteren Säule gesetzt wurde.

Die „Hahnenkrähe" ist ein sagenumwobenes Steindenkmal, und es findet sich eine Erzählung darüber von E. E. Fülleborn in dem 1800 erschienenen „Breslauer Erzähler", die später durch C. Geisheim und auch Julius Krebs eine poetische Bearbeitung erfuhr. Wenn man von dem Sagenhaften einmal absieht und die „Hahnenkrähe" rein geschichtlich betrachtet, so ist über sie nur bekannt, daß der Rat der Stadt Breslau am 3. Dezember 1555 ins Liber Magnus I, 241, eintragen ließ: „daß, wenn er auf des Stifts von St. Clara Grund und Boden zwischen dem Wege und Siege nach der Lissa eine alte zerfallene Kapelle oder Hahnenkrähe wiederum aufrichten und aufs Neue habe erbauen lassen, dies dem Stift zu keinem Abbruch seiner Herrschaft und Gerechtigkeit gereichen solle."

Man erkennt an der Hahnenkrähe heute noch auf der der Straße zugekehrten Seite ein Christusbild, nach der Stadt zu den Buchstaben W (Wratislawia), und nach den beiden anderen Seiten einen Reiter und einen Hahn, alles schon stark im Zerfall. Geschichtlich steht ferner fest, daß außer der Hahnenkrähe noch ein steinernes Kreuz aufgerichtet stand, und zwar am Ende der Sandgasse, wie in alten Zeiten die heutige Friedrich-Wilhelm-Straße benannt wurde. Eschenloer, ein alter Breslauer Chronist, erzählt von diesem Kreuze, daß die Hussiten vor Zeiten den Bildern daran die Häupter mit Spießen abgestochen hatten, weshalb man es 1459 dem dort in die Stadt einziehenden und feierlich eingeholten päpstlichen Legaten mit der Erklärung zeigte, sie, die Breslauer, würden durch diese Zeichen bekehrt, daß sie keinen Ketzer zum Herrn haben sollten. Jedenfalls zeigten sich die Breslauer schon anno dazumal sehr antimonarchistisch, indem sie sich gegen den hussitischen Böhmenkönig Georg von Podiebrad trotzig auflehnten. Das Kreuz, das wohl zum Andenken an ein Unglück oder eine Untat gesetzt wurde, nannte man gewöhnlich das „Elende Kreuz". Es wird auch von einem Wettrennen berichtet, das bei den drei Kreuzen in der Nähe des „Letzten Hellers" begann und bei jenem Säulenkreuz endigte. Eine Abbildung der Säule findet sich in der hiesigen Stadtbibliothek auf einem Kupferstich, der dieses Wettrennen vom 23. September 1706 darstellt. Während der Belagerung von 1806 bis 1807 ging dieses Säulenkreuz zugrunde, nur die „Hahnenkrähe" blieb uns erhalten.

Ein Raubüberfall auf der Hummerei.

Am Abend des 30. April wurde der stark nervenschwache Kaufmann Koch von zwei jungen Leuten auf der Ohlauer Straße angesprochen und man beschloß, noch ein Lokal aufzusuchen. Als die Drei durch die Hummerei gingen, öffneten die beiden jungen Männer mit einem Dietrich ein Haus und zogen Koch herein. Im Hausflur wurde er gewürgt, man hielt ihm den Mund zu und raubte ihm dann Stock, Uhr, Brieftasche und Portemonnaie. Während sich in der Brieftasche ein alter Tausendmarkschein befand, waren im Portemonnaie 56 Pfennige. Nachdem sie ihm die Sachen weggenommen hatten, ließen sie ihn im Hausflur liegen, schlossen das Haus wieder ab und suchten das Weite. Auf den Lärm des Koch wurde die Polizei benachrichtigt, die ihn aus dem Hause herauslief. Doch auch die Täter hatte es wieder nach dem Ort ihrer Tat hingezogen, so daß sie sofort verhaftet werden konnten. Vor der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter hatten die Beiden, es waren der 22 Jahre alte Arbeiter Fritz Böhm und der 22 Jahre alte Schmied Hermann Gebhardt, eine genaue Schilderung der Tat gegeben. Am Donnerstag standen beide vor dem Großen Schöffengericht, um sich wegen gemeinschaftlichen Raubes und Freiheitsberaubung zu verantworten. Jetzt stellten die Angeklagten die ganze Sache völlig anders dar und bestritten, einen Raub geplant zu haben. Sie hätten auch Koch nicht in den Hausflur hineingestoßen, sondern er wäre gerne mit hineingegangen, da sie etwas ganz anderes vorhatten. Die Sachen hätten sie ihm nur zum Scherz weggenommen und sie seien nur deshalb zurückgekommen, um ihm diese zurückzubringen. Der ohnehin nervöse Zeuge war über die Angaben der Angeklagten sehr aufgeregt und bestritt entschieden, daß ihrer Zusammenkunft irgendeine andere Ursache zugrunde gelegen hätte. Das Gericht war der Ansicht, daß nicht nur die Aussage des Zeugen, sondern auch das Geständnis der Angeklagten einwandfrei erkennen lasse, daß hier ein wohlvorbereiteter Raub vorliege. Lediglich, weil beide Angeklagte noch jung sind, wurden ihnen mildernde Umstände zugebilligt und sie jeder zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre Haftentlassungsanträge wurden abgelehnt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete unter Versagung mildernder Umstände auf je 1½ Jahre Zuchthaus.

Besichtigung des Krematoriums.

Die städtische Friedhofverwaltung teilt mit Bezug auf ihre früheren Zeitungsnotizen mit, daß vom 1. Juli d. Js. ab in der Hauptsache nur Einzelpersonen die neue Feuerbestattungsanlage auf dem städtischen Friedhof Gräbschen besichtigen können, und zwar wochentags während der Zeit von 10—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags — sofern keine Trauerfeiern stattfinden — gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pf. je Person. Größeren geschlossenen Gesellschaften, Vereinen usw. kann die Besichtigung aus betriebstechnischen Gründen grundsätzlich nicht mehr gestattet werden. Es wird dabei angenommen, daß alle in Frage kommenden Vereine, nachdem das Krematorium bereits über ein Jahr im Betrieb ist, Gelegenheit gehabt haben, ihren Mitgliedern die Anlage zu zeigen. Sonderführungen von Vereinen müssen bei der Verwaltungsdeputation für das Krematorium (Büro XVIII, Abteilung Friedhöfe, An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß) ausdrücklich beantragt werden.

Polizei und Oeffentlichkeit.

Die Polizei, besonders die Kriminalpolizei, ist auf ein gutes, vertrauensvolles Einvernehmen mit der Presse angewiesen, andererseits hat die Oeffentlichkeit ein Recht auf weitgehende Informationen über sie interessierende Vorgänge, zumal ja diese Mitteilungen sehr oft auch dazu dienen, das Publikum zur Mithilfe bei der Aufklärung von Verbrechen aufzurufen. Bei fast allen Polizeipräsidien im Reiche bestehen Pressestellen mit erfahrenen Beamten als Pressedezernenten, die den Verkehr zwischen Polizei und Presse regeln. Die Pressestelle des Breslauer Polizeipräsidiums im Zimmer 34 des zweiten Stockwerk untersteht dem Kommissar Gatzke. Hier laufen nun alle Morgen die vielen dienstlichen Nachrichten von der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und den einzelnen Polizeirevieren ein, um an die Presse weitergegeben zu werden. Die Pressestelle hat aber nicht den Zweck, mit dieser Nachrichtenweitergabe einfach das Sensationsbedürfnis einer gewissen Leserschaft zu befriedigen, es muß vielmehr immer der Ermittelungszweck und das Interesse des öffentlichen Wohles ständig im Auge behalten werden. Es darf also eine polizeiliche und gerichtliche Untersuchung nicht durch vorzeitige oder unzweckmäßige Mitteilungen gefährdet werden. Bekanntlich lesen die Herren Verbrecher auch die Zeitung, um sich, wenn sie „ein Ding gedreht" haben, selbst zu informieren, wie weit die Ermittelungen in der sie besonders interessierenden Sache schon gediehen sind. Es liegt also auf der Hand, daß durch ungeschickte oder voreilige Pressemeldungen unter Umständen der Verdunkelung oder Verschleierung einer Straftat Vorschub geleistet werden kann.

Abgesehen von den Meldungen über mehr oder weniger schwere Verbrechen liegen der Pressestelle täglich eine erkleckliche Anzahl von Nachrichten vor über Selbstmorde, Vermißte, Festnahmen, ferner Funksprüche, Ersuchen anderer Polizeibehörden usw. Alle diese kleineren Meldungen, die sich in der Zeitung oft so unscheinbar ausnehmen, umschließen viel Lebensschicksal: Angst, Not, Hunger, Arbeitslosigkeit, Siechtum, Verzweiflung, unheilbare Seelenqual, Lebensüberdruß und Ekel vor dem Dasein. Mit lakonischer Kürze meldet da zum Beispiel der Polizeibericht: „Eine Frauensperson aus der Oder gelandet. Die Tote sieht so und so aus, ist so und so bekleidet. Angaben über ihre Person werden erbeten nach Zimmer so und so des Polizeipräsidiums."

Man hat die Tote in die Anatomie geschafft. Da sich kein Mensch meldete, der etwas über ihre Person und Herkunft auszusagen vermochte, begrub man die Unbekannte. Zwar bleibt die Photographie der Toten noch bei der Polizei, damit ihre Persönlichkeit nachträglich eventuell noch aufgeklärt werden kann. Aber die Ereignisse überstürzen sich und bald denkt niemand mehr an die „gelandete Frauenleiche". Wer war sie? ? Was trieb sie zu der unglückseligen Tat? Wer trug schuld daran? Lauter Fragen, die wohl nie ihre Beantwortung finden. Und diese „Gestrandeten des Lebens", diese Unglücklichen, die so unbekannt aus dem Leben gingen, sie finden keinen anderen Chronisten, als den Berichterstatter der Zeitung.

Ja, der Steinkoloß einer Großstadt umschließt gar viel Not und Leid, das zu guterletzt mit einem Pistolenschuß im Südpark oder mit einem kühnen Sprung über das Geländer der Lessingbrücke, in den kühlen Fluten der Oder sein Ende findet.

Und was für merkwürdige Fälle kommen gerade bei den Selbstmördern oft vor. Da begoß sich unlängst in Magdeburg ein Mann mit Petroleum, zündete sich an und rannte als brennende Feuersäule zum Schrecken der Mitmenschen, laut schreiend, durch die Straßen. Auch ist es schon vorgekommen, daß sich ein Lebensmüder selbst mit einem Hammer erschlug. Selbstmorde ereignen sich in allen Großstädten täglich in erheblicher Zahl, selbst das lebensfrohe Wien macht hier keine Ausnahme.

Ein eigenes Kapitel bilden die Vermißtenmeldungen. Da kommt eine Mutter zur Polizei und meldet, daß die achtzehnjährige Tochter schon seit vier Tagen wie verschwunden sei. Es müsse wohl ein Verbrechen vorliegen. Die Polizei fahndet, hält Rundfragen da und dort. Von der Vermißten zeigt sich keine Spur.

Plötzlich, nach zehn Tagen, erhält die Mutter eine Postkarte der Tochter aus Berlin. Sie hat mit ihrem Verehrer eine Spritztour in die Reichshauptstadt gemacht und sich dort gut amüsiert. Nun, da das Geld verjuxt ist — der Verehrer hat zu diesem Zweck die Portokasse seines Chefs erleichtert — schreibt sie der Mutter einen flehentlichen Brief um Geld zur Heimreise. Die Mutter hat ein Einsehen und schickt das Geld; die Tochter kehrt de- und wehmütig heim, und damit ist der Vermißtenroman in diesem Falle beendet. Allerdings folgt ein Strafverfahren gegen den duftigen Liebhaber wegen Portokassendiebstahls.

Doch der Fall liegt nicht immer so, und es kommen genug Fälle vor, wo der oder die Vermißte wirklich Opfer eines Verbrechens wurden, oder sonstwie spurlos verschollen blieben. Gerade diese Vermißtensachen stellen an die Findigkeit der Polizei hohe Anforderungen. Hier erweist sich die Presse als sehr wichtig, wie überhaupt bei allen Angelegenheiten, die am besten nur durch das Publikum selbst aufzuklären sind.

Für alle Straftaten bestehen beim Polizeipräsidium gesonderte Dezernate. Es gibt da eine Mordabteilung, eine Betrugsabteilung, eine für Diebstahl und Unterschlagung, für Vermißte, Selbstmorde, kurzum für alle Zweige polizeilicher Tätigkeit. Eine besondere Zentral- und Verteilungsstelle weist den Dezernaten die jeweils für sie bestimmten Anzeigen und sonstigen Dienstsachen zu. Der Pressestelle aber liegt es ob, mehrmals am Tage alle Meldungen aus dem weiten Dienstbereiche der Polizei entgegenzunehmen und sie, soweit sie öffentliches Interesse haben, an die Presse abzugeben. Welche Gesichtspunkte dabei maßgebend sind, ist eingangs gesagt worden.

Gerade der Kommissar der Pressestelle gewinnt einen besonders guten Ueberblick, was in der Stadt vorgeht. Schon am frühen Morgen, wenn er sein Büro betritt, liegen die Nachtmeldungen der einzelnen Polizeireviere auf seinem Schreibtisch. Ein telephonischer Anruf der betreffenden Polizeiwache genügt, um gegebenenfalls noch nähere Einzelheiten zu einer vorliegenden Meldung zu erfahren. Für gewöhnlich erhält die Pressestelle zunächst kurze dienstliche Meldungen, denen später die ausführlicher bearbeiteten Anzeigen folgen. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums erfüllt also eine wichtige Funktion im Interesse der Allgemeinheit und viel stille, ernste Pflichterfüllung findet hier ihre Stätte.

Alle Gräbschener und Kleinburger Eltern und Parteigenossen

halten sich bestimmt für Donnerstag, den 23. Juni, frei, weil sie zur ersten gemeinsamen Versammlung des Arbeiterjugendheimes 4 und der Kinderfreundegruppe 5 kommen sollen. Genosse Lehrer Felsen wird über „Das Problem der proletarischen Familie, die Alten, die Jungen und das Kind" sprechen. Kein Parteigenosse, keine Mutter und kein Vater versäume diesen wichtigen Vortrag. Der Versammlungsraum ist die Aula in der Yorckschule, Yorckstraße 59.

Sozialdemokratische Magistratsmitglieder und Stadtverordnete.

Da die nächste Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 20. Juni, stattfindet, muß Sonnabend, den 18. Juni, die Fraktion zusammentreten. Die Sitzung findet abends 7 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 5, statt.

Erwerbslose Parteigenossen!

Besucht alle vollzählig die Versammlung am Mittwoch, den 22. Juni, 16½ Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Stadtverordneter Genosse Karl Mache spricht über das Thema: „Warum stimmte die SPD. dem Stadthaushaltsplan zu?"

Die Versammlung findet bestimmt statt. Es wird erwartet, daß alle Genossinnen und Genossen sowie Notstandsarbeiter vollzählig erscheinen, um sich zu informieren.

Oberschlesiertag auf dem Johannisfest.

Bereits der Eröffnungstag, der 19. Juni, ist als Oberschlesiertag gedacht. Er wird um 3 Uhr mit Gesangsvorträgen der Gesangsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier eingeleitet werden. Das „oberschlesische Lied" wird hier in eindrucksvoller Weise zu Gehör gebracht werden. In einer Festansprache wird das Vorstandsmitglied der Vereinigten Verbände, Dr. Soda-Breslau, den Zuhörern Oberschlesien näher zu bringen suchen. Um 4,30 Uhr folgt auf dem Sportplatze innerhalb des Johannisfestgeländes ein Fußball-Städtewettkampf Breslau gegen Gleiwitz. Nach Beendigung des Fußballkampfes treffen sich alle Oberschlesier in der Riesenbaude zu einem gemütlichen Beisammensein. Nach Eintritt der Dunkelheit werden dann oberschlesische Lichtbilder vorgeführt werden, die Oberschlesiens Land und Leute und seine Industrieviere dem Publikum vor Augen führen werden. Im Rahmen des Oberschlesiertages werden auch oberschlesische Trachten auf dem Festplatze gezeigt werden.

Nächste Woche Ziehung:

Die letzten Lose

Wohlfahrts-Lotterie

Für 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) 5004

54000 Mk. bar

Arndt

Lotterie-Bank

Versandt auch gegen Nachnahme Postscheck 2571. — Eckhaus Tauentzienplatz, Breslau V

30 000 Mark für Herrn Krüger — ein Monatsgehalt für Angestellte.

Vor dem Kaufmannsgericht als Arbeitsgerichtliche Kammer fand gestern eine Verhandlung über drei Einspruchsklagen von entlassenen Angestellten der „Selbsthilfe" statt, die interessante Einzelheiten aus diesem Musterbetriebe zutage förderte. So konnte man aus den Ausführungen des Bevollmächtigten der „Selbsthilfe" entnehmen, daß zur Sanierung des Unternehmens von 600 Angestellten nicht weniger als 400 abgebaut werden sollen, von denen bereits 200 ihr Schicksal erreicht hat. Da der Mitgliederstand aber, nach Angabe des gleichen Herrn, zwar lediglich um ein Drittel, nämlich von 360 000 auf 250 000, zurückgegangen ist, muß der bisherige Verwaltungsapparat, der nunmehr um zwei Drittel reduziert wird, ganz erheblich überlastet sein. Im übrigen bezeichnete die „Selbsthilfe" ihre kritische geschäftliche Lage, das bilanzmäßige Defizit beträgt bekanntlich 1,4 Millionen Mark, selbst als — „gerichtsnotorisch" und lehnte selbstverständlich eine Weiterbeschäftigung der auf unbillige Härte bezw. ungerechtfertigter Entlassung wegen gewerkschaftlicher Betätigung (§ 84 des Betriebsrätegesetzes) Klagenden ab. In zwei Fällen, die nach der geltenden Rechtsprechung nicht unter den Begriff der unbilligen Härte fielen — es handelte sich um unverheiratete, erst seit einigen Monaten dort beschäftigte Angestellte — wurde der Klageanspruch von der Arbeitsgerichtlichen Kammer abgelehnt. In dem dritten Fall stützte sich die „Selbsthilfe" auf die angeblich mangelnde Eignung des Entlassenen, obwohl ihm vor nicht langer Zeit in einem Schreiben mit der Zuteilung einer Leistungszulage ausdrücklich seine zufriedenstellenden Leistungen bescheinigt worden waren. Der Angestellte Dr. S. behauptete demgegenüber, daß er als verheirateter Mann anscheinend wegen einer Kandidatur zum Betriebsrat zur Entlassung kommen soll, obwohl eine Reihe unverheirateter jüngerer Kräfte beibehalten werden und in letzter Zeit sogar Angestellte zur Einziehung der von den Mitgliedern der „Selbsthilfe" eingezogenen Nachschüsse mit täglicher Kündigung wieder eingestellt wurden. Nach recht ausgedehnter Verhandlung, in der der Vertreter der „Selbsthilfe" die von uns gebrachte — und von der „Selbsthilfe" bisher nicht dementierte — Nachricht über die Abfindung des Herrn Krüger mit 30 000 Mark bestritt, einigte man sich schließlich im Vergleichswege auf ein Monatsgehalt als Abfindung.

Ein Kommentar erübrigt sich. Es ist das ewige Bild des zweierlei Maßes, mit dem in der kapitalistischen Ordnung gemessen wird.

„Der Gerechte erbarmt sich des Viehs",

so lehrt wenigstens die Bibel, doch die Frommen richten sich nicht immer danach. Auf der Mauritiusstraße, dicht neben der Kirche, hat eine Genossin eine junge Katze. Das Tierchen ließ es sich dieser Tage einfallen, auch einmal in die Kirche zu gehen. Ein Kirchenbediensteter beobachtete das, packte den Sünder, steckte ihn in einen Sack und schlug ihn mehrmals gegen die Wand. Unter qualvollen Schmerzen mußte „Kater Lampe" den Heimweg antreten, und tagelang litt er unter der christlichen Behandlung. Da der Fall dem Tierschutzverein gemeldet wurde, wird die Tierquälerei ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Unterschlagungen bei Schimmelpfeng.

Am Donnerstag stand der Direktor Hans Frenzel vor dem Kleinen Schöffengericht, um sich wegen Unterschlagung und Untreue zu verantworten. F. war vom Jahre 1920 bis zum Juli 1926 bei der Auskunftei Schimmelpfeng beschäftigt. Da wurden im Juli v. Js. bei einer Kassenrevision Fehlbeträge von mehr als 10 000 Mark festgestellt. Als Täter kam Frenzel in Betracht und zwar hatte er 7000 Mark eingegangene Gelder unterschlagen und um weitere 2000 Mark sollte er das Unternehmen dadurch geschädigt haben, daß er den Kunden zu hohe Rabatte gewährt hatte. Des weiteren wurde ihm insofern Untreue zur Last gelegt, als er ohne Genehmigung des Chefs fünf Angestellten Gehaltszulagen in Höhe von 2000 Mark bewilligt hatte. Der Angeklagte erklärte seine Verfehlungen mit seiner gewissen Notlage, in der er sich befunden habe, da er seine alten Eltern habe unterstützen müssen und auch seine Ehefrau schwerkrank gewesen sei. Das Gericht hielt nicht für erwiesen, daß er seine Firma absichtlich habe schädigen wollen, wenn er zu hohe Rabatte zahlte, doch im übrigen wurde seine Schuld für erwiesen erachtet und dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf drei Monate und zwei Wochen Gefängnis erkannt. Wegen einer eventuellen Strafaussetzung sollen noch Erkundigungen eingezogen werden.

Naturfreunde-Kinderwanderungen.

Alle Kinder, die an unseren diesjährigen Ferienwanderungen teilnehmen wollen, treffen sich Montag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, mit dem Verbandsbuche des Vaters oder der Mutter im Hofe des Gewerkschaftshauses. Kinder, die noch kein Liederbuch haben, müssen 10 Pfennige für ein solches mitbringen.

Das Arbeitersportkartell

veranstaltet am 26. Juni seinen diesjährigen internationalen „Rast", zu dem eine große Anzahl Wiener und Prager Arbeitersportler erscheinen werden. Der Quartier-Ausschuß wendet sich hiermit an die Breslauer arbeitende Bevölkerung, vor allem an jene, die schon einmal Gelegenheit hatten, Gastfreundschaft in Anspruch zu nehmen, mit der Bitte, ihm recht viele Uebernachtungen zur Verfügung zu stellen. Alle diesbezüglichen Meldungen sind an P. Heinzelmann, Breslau 16, Meisenweg 16, oder an die Mitglieder der Arbeitersportvereine zu richten. Partei- und Gewerkschaftsgenossen, Freunde des Arbeitersports, zeigt, daß auch die Breslauer Arbeiterschaft Gastfreundschaft üben kann.

---

* **Einlaßkarten für die Stadtverordneten-Versammlung.** Gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches sind Einlaßkarten im Partei-Sekretariat, Zimmer 37, zu haben. Die Stadtverordnetenversammlung ist Montag 17 Uhr.

* **Sonntagsrückfahrkarten.** Bei der Fahrkartenausgabe Breslau Hbf. werden demnächst versuchsweise Sonntagsrückfahrkarten zweiter Klasse nach Dyhernfurth oder Ransern oder Oderwitz ausgegeben.

* **Breslau—Dyhernfurth.** Nach Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau ist die Freigabe des Pz. 639 ab Dyhernfurth zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten an Montagen und am Tage nach den im Taschenfahrplan genannten Festtagen infolge Fahrplanänderung aufgehoben worden.

* **Wahlen zur Aerztekammer.** Die Liste der Wahlberechtigten für den Stadtkreis Breslau für die im November dieses Jahres stattfindenden Wahlen zur Aerztekammer liegt in der Polizeimeisterei des Rathauses vom 15. bis 30. Juni (ohne Sonntage) in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags aus. Einsprüche gegen die Wählerliste sind nach § 12 des Gesetzes über die Aerztekammern bei dem Vorsitzenden der Aerztekammer, Klosterstraße 79, anzubringen.

* **Straßen-Sperrungen.** Wegen Erneuerung der Straßenbahngleise wird das Kaisertor vom 20. bis 30. Juni für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Der Verkehr wird wie folgt umgeleitet: Nord-Süd-Verkehr: Universitätsbrücke, Werderstraße, Werderbrücke, Oderstraße; Süd-Nord-Verkehr: Schuhbrücke, Ritterplatz, Sandbrücke, Sandstraße.

* **Einbruch.** In der Nacht zum Sonntag drangen Einbrecher in die Wohnung des Kaufmanns Max Schwarz, Tauentzienplatz 1, mittels Nachschlüssels ein und stahlen Schmuck- und Wertsachen im Gesamtwert von 2000 Mark.

* **Ordentliche Hauptversammlung.** Die Aktionäre der Breslauer Aktien-Brauerei zum Ritter Roland werden zu der am 14. Juni 1927, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Gesellschaft, Breslau 5, Gabitzstraße 18, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen. Tagesordnung: Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1926, Bericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats, Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns, Wahl des Aufsichtsrats, Verschiedenes. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurde genehmigt. Nach Abschreibungen verblieb ein Ueberschuß von 5897,02 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

* **Der Wettbewerb für Kinderzeichnungen** im Juniheft der „Schlesischen Monatshefte" ist nicht nur für Abonnenten dieser Zeitschrift, sondern für alle schlesischen Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren bestimmt. Das Thema lautet: „Was mir im Zoologischen Garten am besten gefällt." Die Sendungen müssen spätestens am 25. Juni eingereicht sein. Die Gewinner erhalten Bücherpreise.

* **Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiter-Organisation Poale-Zion.** Sonnabend, abends 8 Uhr, Antonienstraße 16, bei Littmann: Vortrag des Genossen Samson: „Die Krisis in Palästina und unsere Stellung zum 15. Zionisten-Kongreß". Genossen und Freunde sind eingeladen.

* **Wegen Erneuerung der Straßenbahngleise** wird das Kaisertor vom 20. bis 30. Juni für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Der Verkehr wird wie folgt umgeleitet: Nord-Süd-Verkehr: Universitätsbrücke, Werderstraße, Werderbrücke, Oderstraße; Süd-Nord-Verkehr: Schuhbrücke, Ritterplatz, Sandbrücke, Sandstraße.

Versucht einmal auf kurze Zeit die Sorgen der Alltäglichkeit: kommt zur Johannisfeier! Aus Nord und Süd, aus Ost u. West zum Breslauer Johannisfest, aus Stadt und Land, kommt alle!

* **Breslauer Johannisfest 1927.** Der Vorverkauf der Dauerkarten für das vom 19. Juni bis 3. Juli auf dem Messegelände stattfindende Breslauer Johannisfest 1927 hat bereits begonnen. Der Preis der Dauerkarte beträgt für Erwachsene 250 Mark und für Kinder 1 Mark. Der Vorverkauf findet im Verkehrsbüro der Firma Gebr. Barasch, Ring, statt. Da die Festleitung Dauerkarten nur in beschränkter Anzahl ausgibt und die Nachfrage bereits sehr rege ist, empfiehlt es sich, von dem Vorverkauf regen Gebrauch zu machen.

* **Jüdische Esperanto-Gruppe.** Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Brix, Kerstenstraße, Uebungsabend. Gleichzeitig Ausgabe der „Rast"-Festkarten. Zahlreiches und bestimmtes Erscheinen wird erwartet.

* **Der Gloria-Palast im Bau.** Nach nunmehr erfolgter polizeilicher Genehmigung für den Bau des Gloria-Palastes der Gebr. Hirschberg, der in einer bedeutenden Erweiterung der bisher auf der Schweidnitzer Straße befindlichen Lichtspiele besteht, wobei die bisherigen Räume dieses Theaters in dem neuen Theater nur als Nebenräume Verwendung finden werden, wird bereits seit Anfang des Monats fieberhaft am Bau des neuen Lichtspielpalastes unter Leitung des Architekten Cremer gearbeitet, dem Eigentümer des Krystall-Palastes, gearbeitet. Obwohl noch vollkommen im Rohbau, berechtigt das großzügige Projekt zu besonderen Erwartungen. Neueste technische Errungenschaften, die bisher in keinem Breslauer Lichtspieltheater Verwendung fanden, sind vorgesehen, um etwas wirklich Sehenswertes zu schaffen.

* **Verhaftung eines Einbrechers.** Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, mehrere kurz hintereinander erfolgte Einbruchsdiebstähle in einer Zigarettenhandlung in der Neudorfstraße aufzuklären und zwei Tat als verdächtig festzunehmen. Weitere zu ermitteln.

* **Einem Sittlichkeitsverbrechen** zum Opfer fiel die ledige Marie G., Ohlauer Straße, am 16. Juni, an der Strachate. Der Täter, ein gewisser Nichol, ist gefaßt und wird dem Strafrichter zugeführt werden.

* **Ein tödliches Straßenunglück** ereignete sich Donnerstag gegen 2 Uhr nachmittags auf der Kaiser-Wilhelm-Straße vor dem Grundstück Nr. 33. Ein Radfahrer, der in gleicher Richtung mit einem Auto fuhr, wurde von diesem an die vorbeikommende Straßenbahn gedrängt, zum Sturz gebracht und von der Straßenbahn tödlich überfahren. Der Unglückliche wurde mit hervortretendem Gehirn bewußtlos ins Krankenhaus geschafft. Das Auto ist ohne Feststellung der Personalien des Fahrers entkommen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5062

Montag, den 20. Juni, 20 Uhr, finden nach in nachstehenden Distrikten **Distriktsversammlungen** statt: Distrikt 6, 11, 14, 24, 38. Parteigenossinnen und Genossen, haltet euch für diesen Tag frei und besucht die sehr wichtigen Versammlungen.

Parteiorganisiert! Macht alle arbeitslosen Genossen auf die Erwerbslosen-Versammlung Mittwoch, nachmittags 6½ Uhr, aufmerksam.

Achtung, Frauenfunktionäre! Die Frauenversammlungen im Juni fallen aus. Wer jedoch eine Versammlung abhalten will, sage dafür den 27. Juni fest und melde das sofort, spätestens Montag abend, im Parteisekretariat.

Erweiterter Parteivorstand. Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr pünktlich, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

Distrikt 4. Sonntag, den 19. Juni vormittags 11 Uhr, außerordentliche Versammlung sämtlicher Genossen des Distrikts im Distriktslokal.

Distrikt 19. Sonntag, den 19. Juni, Kinderfest in Friedrichsruh. Treffpunkt am Weißenburger Platz. Abmarsch 13½ Uhr mit Musik. Die Nachbardistrikte sind hierzu freundlichst eingeladen.

Distrikt 23. Geschlossener Abmarsch Sonntag nachmittag, 2 Uhr, mit Musik, vom Brunsebad nach Zimpel. Im Garten: Konzert, Preisschießen usw. Für Unterhaltung der Kinder ist gesorgt.

Distrikte 39 und 46. Alle Frauen treffen sich zum Ausflug Sonntag, den 19. Juni, früh 9 Uhr, am Lokal Lerche, Hohenstraße 95. Wir gehen über die Knoxmühle, die Oder entlang.

Jungsozialisten — Arbeiterjugend.

Zur Matteotti-Feier in der Viktoriaschule, Blücherstraße, muß jede Genossin und jeder Genosse anwesend sein.

Heut abend kommen alle möglichst restlos zur Matteotti-Feier. Die „Jungen Kämpfer" und die Beitragsmarken müssen bestimmt heut abgerechnet werden.

Zentrale. Es sind von allen Heimen die Fahnen für die Matteottifeier mitzubringen.

Vorstandsmitglieder. Sonntag, 10 Uhr, Vorstandssitzung. Die schriftlichen Berichte sind mitzubringen. Tagesordnung: 1. Der Reichsparteitag, 2. Die Mitgliederversammlung, 3. Die Sonnenwende, 4. Verschiedenes.

Genossen, die nach Striegau fahren, treffen sich Sonnabend, den 18. Juni, um 18 Uhr, vor dem Freiburger Bahnhof. Fahrgeld 2,60 Mark, Schlafgeld 40 Pf., also muß jeder Teilnehmer 3 Mark mitbringen. Werbt noch kräftig für unsere Striegaufahrt.

Heim 2. Wir treffen uns um 19,15 Uhr bei Rademacher und gehen zur Matteotti-Feier nach der Viktoriaschule.

Heim 4. Freitag treffen wir uns um 7½ Uhr am Oderkahn, Gräbschener Straße. Jeder Genosse bringt bestimmt den Junibeitrag und seine Mitgliedskarte mit, damit unser Kassierer die Rechnung in Ordnung bringen kann. Ferner sind als Eintrittsgeld zur Matteotti-Feier 15 Pf. mitzubringen.

Heim 5. Wir gehen heut alle zur Matteotti-Gedenkstunde in die Viktoriaschule, Blücherstraße, jedes bringt 15 Pfennige mit. Sonntag haben wir eine Fahrt nach dem schlesischen Spreewald. Treffpunkt am Schlachthof um 6 Uhr, Abmarsch 6¼ Uhr.

Heim 7. Heut abend kommen alle möglichst restlos zur Matteotti-Feier. Die „Jungen Kämpfer" und die Beitragsmarken müssen bestimmt heut abgerechnet werden. Sonntag: Fahrt.

Heim 9. Die ausgegebenen Karten zur Matteotti-Gedenkfeier und für das Kinderfest des Distrikts 18 müssen Freitag, den 17. Juni, in der Zeit von 19 bis 19,30 Uhr mit Genossen Bisle in der Aula der Viktoriaschule abgerechnet werden. Werbt für unsere heutige Veranstaltung.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugendgruppe. Achtung, Jugendfreunde! Wer sich noch kostenlos an einem Kursus in Englisch beteiligen will, meldet sich noch bis morgen mittag im Verbandsbüro an. Sonntag, den 19. Juni, Heim 1: Schnitzelfahrt nach der Weidemündung. Treffen früh 6 Uhr am Kleinbahnhof. Heim 2: Wanderung nach Sandberg. Treffen ½7 Uhr Striegauer Platz. Heim 3: Ebenfalls Wanderung nach Sandberg. Treffpunkt früh ½7 Uhr am Wachtplatz. Klampfen und Photoapparate mitbringen. Jeder Jugendfreund führt stets neue Jugendmitglieder bei uns ein. Bei schlechtem Wetter 5 Uhr nachmittags im Zeichensaal der Schule, Taschenstraße 31, für sämtliche Heime, Heimabend. Betreffend Ferienfahrt. Auch in diesem Jahre haben sich Freunde gefunden, die im Juli (8. bis 9.) eine Ferienfahrt machen wollen. Die Unkosten belaufen sich einschließl. Bahnfahrt, Uebernachtung und Verpflegung auf zirka 30 Mark. Die Jugendfreunde, die sich noch beteiligen wollen, bitten wir, am Sonntag mit Heim 2 oder 3 auf Fahrt zu gehen, wobei alles nähere darüber noch bekanntgegeben wird.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 4. (Nikolaitor). Wir treffen uns Sonntag, ½6 Uhr, am Westpark, und gehen nach der Weidemündung. Essen für den ganzen Tag bringt mit. Die Kielfahrer bringen 10 Pf. für die Zeitschrift mit, die bereits erschienen ist. Bei schlechtem Wetter sind wir früh um 10 Uhr zu einer kurzen Besprechung am Westpark. Spart fleißig auf die Ferien und aufs Zelt. Alle Karten und „Kinderfreunde" sind abzurechnen.

Vereinskalender.

Distrikt 17. Am Sonnabend, den 18. Juni, findet unser Sommernachtsball im „Bergkeller" statt. Alle Genossinnen und Genossen der Nachbardistrikte sind hierzu herzlichst eingeladen. Eintritt inkl. Tanz 50 Pfennige. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Das Vergnügungskomitee.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter. Wir machen nochmals auf die am Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, im Hotel zum „Gelben Löwen", Odergasse 23, 1. Stage, stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Hinter der Störung 20 C, die im Laufe des Mittwoch die Sudetenländer erreichte, sind polare Luftmassen eingebrochen. Verbreitet kam es dabei zu stärkeren Gewittern mit nur mäßigen Niederschlägen. Eine neue ungewöhnlich kräftige Störung 30 A liegt zwischen Schottland und Island und verursacht über den britischen Inseln stürmischen Süd und stärkere Regenfälle. Die Störung dürfte sich ostwärts bewegen, ohne jedoch einen direkten Einfluß auf unsere Witterung zu erlangen. Bei zeitweise föhnig-auffrischendem Südwinde haben wir daher meist heiteres, trockenes und erheblich wärmeres Wetter zu erwarten.

Aussichten für das schlesische Flachland, Mittel- und Hochgebirge:

Zeitweise föhnig-auffrischender Süd, vorwiegend heiter, bis auf Wärmegewitter trocken, wärmer.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 17. 6. 27.	Temperatur: heut früh	Temperatur: Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur: Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Brauerei	16	22	10	heiter	NO 2		
Görlitz	18	20	9	"	O 1		
Lobris, Kr. Jauer							
Bad Flinsberg	13	21	9	heiter	O 1		
Heufurderbaude	10			"	O 1		
Oberschreiberhau	18	18	9	"	SW 1		
N. Schles. Baude	17	17	8	"	still		
Reifträgerbaude	16	16	6	"	"		
Schneekoppe	18	11	8	"	S 2		
Dietzdorf	11	20	4	"	OSO 3		
Krietern	18	18	8	"	OSO 1		
Zobten							
Bad Salzbrunn	15	18	6	"	still		
Friedland (Bez. Breslau)	10	18	6	heiter	still		
Reinerz	12	18	8	"	NO 2		
Landeck	11	18	9	"	still		
Reichenstein	14	17	6	"	S 2		
Festenberg	16	20	10	"	O 3		
Neiße	10	17	6	"	OSO 3		
Prostau	13	20	6	meistens	O 1		
Kreuzburg	15	18	12	heiter	OSO 3		
Kielwitz	13	19	6	"	OSO 2		
Beuthen	14	20	7	"	SO 4		

Wasserstand

17. Juni.

Ratibor	1,52	Ransern (Unter-Pegel)	3,66
Neiße (Stadt) vom 17. 6.	—0,42	Dyhernfurth	2,51
Neißemündung (Unter-Pegel)	1,82	Abflußmenge sekundlich 182 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2,58	Fürstenberg vom 16. 6.	1,44
Tarnau	1,20	Wassertemperatur + 13,5	

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 17. Juni.

1 Pfund Sterling	20,47	100 franz. Francs	16,505
1 Dollar	4,215	100 tschech. Kronen	12,487
100 holl. Gulden	168,92	100 Schweizer Francs	81,07
100 Belga = 500 Franken	58,53	100 Pesetas	72,36
100 norw. Kronen	108,94	100 schwed. Kronen	112,91
100 Danzig. Gulden	81,39	100 Pengö	73,46
100 Lire	23,40	100 österr. Schilling	59,285
100 dän. Kronen	112,71	100 Zloty	47,05

Aus Schlesien.

Ein gemütlicher Pastor.

In der Gemeinde Pirschen, Kreis Neumarkt, waltet seit dem Jahre 1918 der Pastor Reinhold Pletz seines geistlichen Amtes. Nicht mit allen seinen Gemeindemitgliedern steht er auf dem friedlichen Fuße, der für einen Seelsorger wünschenswert ist, und gegen diejenigen, die nicht für ihn, sondern wider ihn sind, wendet er die volle Schwere der kirchlichen Zwangsmittel an.

So hat er im Gemeindekirchenrat durchgesetzt, daß der Straßenmeister Emil Geide und dessen Frau, sowie der Stellenbesitzer Schmidt und dessen Frau und schließlich der Stellenbesitzer Ernst Wölfel in Pirschen mit der Entziehung des Rechtes zu den kirchlichen Vertreterwahlen bestraft wurden, weil sie ihren Verpflichtungen der Kirche gegenüber nicht in vollem Umfange nachgekommen sein sollen.

Diese Tatsache gab den genannten fünf Personen Veranlassung, sich beschwerdeführend an den evangelischen Gemeindekirchenrat in Pirschen zu wenden, um die Wiedereinsetzung in ihre Wahlrechte zu erreichen. Hierbei haben die Beschwerdeführer das dienstliche und außerdienstliche Verhalten des Pastors Pletz einer scharfen Kritik unterzogen und besonders darauf hingewiesen, daß er wiederholt betrunken gewesen sei, daß er sich der Pflichtvergessenheit schuldig gemacht habe, indem er kirchliche Amtshandlungen versäumt habe und daß er mit Lug und Trug schalte und walte. Pastor Pletz und das Konsistorium in Breslau haben deswegen gegen die fünf Beschwerdeführer Strafantrag wegen Beleidigung gestellt und diese hatten sich nunmehr vor dem Großen Schöffengericht in Breslau zu verantworten.

Die Verhandlung förderte recht interessante Tatsachen zu Tage. So wurde durch mehrere Zeugen erwiesen, daß Pastor Pletz ein sehr eifriger Gasthausbesucher war und sich im fröhlichen Zecherkreise wiederholt bis in die frühen Morgenstunden aufgehalten hat, so daß ihn seine Frau, die sich wegen seines Ausbleibens ängstigte, in verschiedenen Gastwirtschaften suchen mußte. Eines Abends ging die fröhliche Stimmung so weit, daß Pastor Pletz mit zwei Gemeindemitgliedern Brüderschaft machte. Auch einem fröhlichen Spielchen war Pastor Pletz nicht abgeneigt, denn ein Zeuge bekundete, daß eines Abends bis spät in die Nacht hinein Glücksspiele gespielt worden sind, an denen sich Pastor Pletz eifrig beteiligt hat. Dieses Glücksspiel scheint nicht ganz harmlos gewesen zu sein, denn der hierüber vernommene Zeuge bekundete, daß Gewinne und Verluste bis zu 30 Mark gemacht worden seien.

Als eines Nachts Pastor Pletz von auswärts nach Hause zurückkehrte, hatte er der geistigen Getränke soviel zu sich genommen, daß er auf der Chaussee liegen blieb und in der damals kalten Jahreszeit wahrscheinlich erfroren wäre, wenn er nicht von einigen barmherzigen Gemeindemitgliedern aufgelesen und nach Hause gebracht worden wäre. Hierbei hat sich Pastor Pletz schließlich einigermaßen ernüchtert und das Beschämende dieser Situation richtig erkannt, indem er seine Begleiter bat, von diesem Vorkommnis nichts weiter zu erzählen.

Zu den Obliegenheiten des Pastors Pletz gehörte es auch, allwöchentlich an Donnerstagabenden in dem zu seinem Sprengel gehörigen Dorfe Zieserwitz die Abendmahlsandacht abzuhalten. Als er nun aber von einem guten Freunde zum Schweinschlachten nach auswärts geladen war, vergaß er, obgleich dieses Ereignis gerade in die Karwoche fiel, völlig diese seine Obliegenheit und mußte erst durch einen Boten nach Zieserwitz geholt werden, wo man seiner sehnsüchtig harrte.

Pastor Pletz konnte den Vorfall, bei dem er betrunken auf der Landstraße aufgefunden wurde, selbst gar nicht in Abrede stellen, bestritt aber im übrigen, dem Alkohol im Uebermaß zu huldigen. Auf die Vorgänge, bei denen er mit anderen Gemeindemitgliedern Brüderschaft gemacht und sich am Glücksspiel beteiligt hat, wollte er sich merkwürdigerweise nicht mehr besinnen können.

Die Staatsanwaltschaft zeigte für die Verfehlungen des Pastors Pletz eine bei dieser Behörde sonst nicht immer zu findende Nachsicht. Der Staatsanwalt meinte, daß die zur Sprache gekommenen Verfehlungen des Pastors Pletz mit Rücksicht auf seine lange Amtsdauer nicht viel bedeuteten und daß Pastor Pletz offenbar bemüht gewesen sei, sich in ein vertrauliches Verhältnis (!) zu seinen Gemeindemitgliedern zu setzen. Der Wahrheitsbeweis sei daher nach Meinung des Staatsanwalts nicht voll ausgeführt. Im übrigen aber hätten sich die Angeklagten auch der formellen Beleidigung schuldig gemacht, weil sie in ihrer Eingabe den Pastor Pletz als besoffen und versoffen bezeichnet hätten.

Der Verteidiger der Angeklagten, Genosse Rechtsanwalt Bandmann, geißelte in längerer Rede mit scharfen Worten das Verhalten des Pastors Pletz und wies darauf hin, daß doch ein Seelsorger in seiner gesamten Lebensführung seinen Gemeindemitgliedern ein nachahmenswertes Beispiel geben müsse, daß aber Pastor Pletz gerade das Gegenteil getan habe und nahm für seine Klienten die Wahrnehmung berechtigter Interessen in Anspruch.

Das Schöffengericht kam nach längerer Beratung zu dem Ergebnis, daß zwar die oben wiedergegebenen Tatsachen erwiesen seien, daß aber die Angeklagten in ihrer Schrift über die Grenzen der Wahrnehmung berechtigter Interessen zu weit hinausgegangen seien und auch nicht für alle Tatsachen ihrer Beschwerdeschrift den vollen Wahrheitsbeweis hätte führen können. Geide, der sich als Verfasser der Beschwerdeschrift bekannt hatte, wurde zu der Geldstrafe von 100 Mark, die übrigen Beteiligten zu kleineren Geldstrafen zwischen 20 und 50 Mark verurteilt. Wie wir hören, ist gegen das Urteil von sämtlichen Angeklagten durch ihren Verteidiger bereits Berufung eingelegt worden.

Bürgerliche Einheitsfront im Görlitzer Stadtparlament.

In der letzten Sitzung des Görlitzer Stadtparlaments wurde die Wahl des Zweiten Bürgermeisters vorgenommen, da der bisherige dieses Amt versehende Dr. Wiesner zum Ersten Bürgermeister gewählt worden war. Im ersten Wahlgange erhielt der den Deutschnationalen nahestehende Kandidat Dr. König (Gera) 21 Stimmen der Rechten einschließlich des Zentrums, der sozialdemokratische Kandidat Dr. Heuer (Essen) 19 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten und der Demokrat Viebeg (Görlitz) 6 Stimmen der Demokraten und Wirtschaftsparteiler. Die daraufhin notwendige Stichwahl ergab eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien bis zu den Demokraten, die — mit einer Ausnahme — ebenso wie die Zentrumsvertreter den in seiner Einstellung bestenfalls als Vernunftrepublikaner zu bezeichnenden Kandidaten der Rechten dem sozialistischen Bewerber vorzogen.

Waldenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Melchiorgrube in Dittersbach verunglückte der Schlepper P., der mit Bohrarbeiten beschäftigt war, dadurch, daß sich plötzlich ein Bergestück löste, das ihn am rechten Arm und Bein schwer verletzte. — Auf dem Fürstlichen Bahnschacht geriet der Schlepper Fritz T. aus Ober-Waldenburg zwischen Seilbahn und zwei beladene Kohlenwagen, wobei er erheblich verletzt wurde. Beide Verunglückten mußten nach dem Knappschaftslazarett gebracht werden.

Bunzlau. Unfug mit der Waffe. Ein junger Mann legte auf den 15jährigen Sohn des Tischlermeisters Hilgner im Scherz eine Luftflinte an und traf ihn in das rechte Auge, das der Lebensmüde nun eingebüßt hat.

Niesky. Wirbelsturm und Unfall. Am Mittwoch ging ein von schwerem Hagelschlag, der vielfach Kleinvieh erschlug, begleiteter Wirbelsturm über das Land. Bei Neuhof wurde durch den Sturm die geschlossene Schranke des Bahnübergangs gehoben. Eine Frau aus dem Orte passierte den Uebergang in der Meinung, das Geleise sei frei, wurde aber von dem Sturm zurück und gegen den im gleichen Moment vorbeifahrenden Personenzug geschleudert. Sie verlor mit dem Kopf und Beinen unter den Zug und war auf der Stelle tot.

Sagan. Für 30 Mark gesundgebetet. Bei der Anwesenheit durchziehender Zigeuner ließ sich ein hiesiger Schuhmachermeister überreden, zum Zwecke des Gesundbetens einer Zigeunerin nicht weniger wie 1200 Mark auszuhändigen, da das Gesundbeten nur von statten gehen konnte, wenn alles Geld des Hauses der Zigeunerin übergeben wurde. Nachdem das Wunder vor sich gegangen — über die Heilwirkung wird nichts näheres berichtet — zog die Wahrsagerin von dem übergebenen Geld ein „Pauschalhonorar" von 100 Mark ab. Sie zahlte aber schließlich noch 70 Mark zurück. Wegen dem Rest von 30 Mark erstattete der kluge Schuhmachermeister Anzeige der Polizei, die eine Zigeunerin, aber nicht die richtige, festnahm.

Schlawa. Für einen Bahnhof wird gesammelt. Zur Errichtung eines Grenzbahnhofes am Schlawasee zur Erschließung des Seegebietes für den Wanderverkehr, wurde vom Reich aus dem Sofortprogramm 6000 Mark bewilligt. Der notwendige Restbetrag von etwa 15 000 Mark soll — — aus Sammlungen aufgebracht werden.

Hirschberg. Bluttat im Alkoholrausch. Bei dem Kapellenberge auf der Straße von Liebenthal nach Landwasser wurde der Zimmermann Max Müller tot aufgefunden. An der Leiche wurden Verletzungen festgestellt, die von Stockschlägen herrührten. Ein Raub ist jedoch nicht ausgeführt worden. Als der Tat verdächtig wurde der Rottenführer Tscharntke aus Liebenthal festgenommen, der jedoch erklärte, er könne sich auf nichts mehr besinnen, da er an diesem Tage total betrunken gewesen sei. Die Tat hat in der ganzen Umgebung ungeheure Aufregung hervorgerufen, da beide Männer sich allgemeiner Achtung erfreuen und Familienväter mit mehreren Kindern sind. Der Täter wurde dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt.

Beuthen. Brennspiritus im Ausschank. Wegen fortgesetztem Ausschank von selbstdestillierten Branntwein aus vergälltem Brennspiritus wurde der Häuer U. und seine Frau zu einer bzw. drei Wochen Gefängnis verurteilt. Beide hatten längere Zeit einen regelrechten Ausschank betrieben, der zum Mittelpunkt eines wüsten Treibens lichtscheuer Elemente wurde.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Bezirksleitung Breslau-Land (Neumarkt).

Kreisanordnung.

Sonntag, den 26. Juni, findet in Rothsürben das Kreistreffen der Abteilung III, Süd, statt.

Den Ortsvereinen der gesamten Abteilung wird es zur Pflicht gemacht, an dem Kreistreffen teilzunehmen.

Abmarsch der einzelnen Ortsvereine nach Anordnung des Ortsgruppenvorsitzenden.

Den Ortsvereinen der anderen drei Abteilungen wird empfohlen, sich an dem Kreistreffen zu beteiligen.

Der Kreisleiter.

Abteilungsanordnung.

Abteilung IV, West.

Sämtliche Spielleute der gesamten Abteilung IV, West, treffen sich Montag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr, bei Schreier in Groß-Mochbern.

Pflicht ist es eines jeden einzelnen Spielkameraden, zu dem Spielabend zu erscheinen.

Der Abteilungstambour.

Veranstaltungen in der Woche vom 17. Juni bis 23. Juni:

Freitag, den 17. Juni:

Ortsverein Oswitz, abends 7½ Uhr, in der Volkshalle, Monatsversammlung.

Ortsverein Camaller, abends 7½ Uhr, bei Wanner, Monatsversammlung.

Ortsverein Koschau, abends 7½ Uhr, bei Adler, Kameradschaftsabend mit Frauen.

Ortsverein Woischwitz, abends 7½ Uhr, bei Jaschke, Monatsversammlung.

Sonnabend, den 18. Juni:

Ortsverein Carlowitz-Schottwitz, abends 7½ Uhr, Monatsversammlung. Lokal nach Vereinbarung in der letzten Monatsversammlung.

Ortsverein Zimpel, abends 7½ Uhr bei Wittke, Monatsversammlung.

Sonntag, den 19. Juni:

Ortsverein Klein-Gandau und Umgegend, nachmittags 2 Uhr, bei Henke in Cosel, Monatsversammlung. Pflicht ist es jedes einzelnen, zu erscheinen.

Dienstag, den 21. Juni:

Ortsverein Schmolz, abends 7½ Uhr, bei Kabitz, Monatsversammlung.

Kreis Neumarkt:

Sonnabend, den 18. Juni:

Ortsverein Wilxen, abends 7 Uhr, bei Pietsch in Wilxen, Monatsversammlung. Kein Kamerad darf zur Monatsversammlung fehlen.

Die Kameraden werden ersucht, an den Kreisanordnungen sowie an den von ihrer Ortsgruppe festgesetzten Monatsversammlungen pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Bezirks- und Kreisleiter.

Klettendorf. In der Sitzung der Gemeindeverordneten am 15. Juni wurde über die Vergebung der Arbeiten für die Turnhalle beschlossen. Den Zuschlag erhielten für Erd- und Maurerarbeiten Langner-Klettendorf, für die Betonarbeiten Bauhütte Breslau, für Zimmerarbeiten Tristram-Krietern, für Dacharbeiten Mohnhaupt-Klettendorf und für Klempnerarbeiten Greulich-Breslau. Die übrigen Arbeiten werden später vergeben. In die Baukommission wurden gewählt die Genossen Ohla, Klimke und Irmelt und Wagenbaumeister Karl Preußler. — Die notwendig werdenden Renovationen in den Gemeindehäusern sollen ausgeführt werden. — Von einem Schreiben, daß die Provinz in diesem Jahre für Grabenverrohrungen keine Beihilfen gewähren kann, wurde Kenntnis gegeben. — An das Kriegswegebauamt soll ein Antrag gerichtet werden wegen Errichtung einer Sandasphaltdecke auf der Schweidnitzer Straße, um die furchtbare Staubentwicklung zu unterbinden. — Die Mittel für die Teilnahme am Verbandstag der Feuerwehr in Hindenburg wurden bewilligt.

Carlowitz. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde ein Antrag der Genossenschaft Carlowitzer Volksbad auf Unterstützung und Genehmigung des Baues einer Badeanstalt auf gemeindeeigenem Gelände beraten. Es wurden 500 Mark Zuschuß und die Uebernahme einer Bürgschaft von weiteren 500 Mark bewilligt. — Von der Eichborngarten-Baugesellschaft lag weiterhin ein Antrag vor wegen der Durchfahrt, die von der Wichelhausallee nach dem Markt geschaffen werden soll. Dem Antrag wurde, falls von anderer Seite kein Einspruch erhoben wird, entsprochen. Die Durchfahrt soll 6 Meter breit werden. Für die Beleuchtung der Durchfahrt hat die Gesellschaft Sorge zu tragen. — Der gezeichnete Anteil für den Zoologischen Garten wurde trotz Aenderung aufrecht erhalten. — Der Eingemeindungsvertrag der Stadt Breslau wurde zur Vorberatung der Kommission überwiesen. Ueber den Wasserlieferungsvertrag fand eine eingehende Beratung statt. Es soll mit der Stadt demnächst verhandelt werden. — Verschiedene Grundbesitzer wollten ihre Sicherheitshypotheken aufgewertet zurückzahlen. Die Vertretung beschloß, dies abzulehnen, weil die Anlieger beim Ausbau der Straßen verpflichtet sind, ihren Anteil zu zahlen. — Unter Verschiedenes wurden dann noch einige kleinere Sachen und Anfragen erledigt. Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Tschansch. Partei-Mitgliederversammlung heute, Freitag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, bei Gastwirt Genossen Herrmann, Groß-Tschansch. Wichtige Tagesordnung. Redner anwesend. Gäste willkommen!

Groß-Tschansch. SPD. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, findet unsere fällige Monatsversammlung im Lokal von Herrmann statt. Den Parteitagsbericht gibt Genosse Gustav Schiffer. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Mitglieder bestimmt erscheinen.

Steine. SPD. Sonnabend, den 18. Juni, findet im Lokal von Grocholl in Steine unsere fällige Parteimitgliederversammlung statt. Der Genosse Schiffer wird einen Bericht vom Kieler Parteitag geben. Es ist wichtig, daß unsere Parteigenossinnen und Genossen erscheinen, da auch gleichzeitig ein Bericht von der Maifeier gegeben wird. Also, sorgt für guten Besuch.

Stabelwitz. Reichsbund der Kinderreichen, Ortsgruppe Stabelwitz. Am Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthause „Zur Fichte" unsere Monatsversammlung statt, zu welcher wir unsere Mitglieder hiermit einladen. Gäste willkommen.

Rosenthal. Die Mitgliederversammlung der SPD. findet Sonnabend, den 18. Juni, 19.30 Uhr in der „Scharfen Ecke" statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Rathen. SPD. Unsere Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Weltrichquell" (Karnetzki) in Rathen statt. Genosse Schiffer wird einen Bericht vom Kieler Parteitag, Genosse Kolak einen Bericht über den Eingemeindungsplan geben. Erscheint also recht zahlreich.

Neumarkt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Gelben Löwen": Mitglieder-Versammlung. Da eine wichtige Tagesordnung zur Beratung steht, ist das Erscheinen aller Kameraden erforderlich.

Wirtschaft.

Die neuen Zollpläne der Reichsregierung

gehen unter anderem dahin, das zollfreie Gefrierfleisch-Kontingent aufzuheben und die Einfuhr mit einem Zoll von rund 40 Mark zu belasten. Dieser Zoll wird vor allen Dingen die Arbeiterschaft treffen, da diese vorzugsweise auf den Genuß von Gefrierfleisch angewiesen ist. Nach einer Feststellung über den Gefrierfleischverbrauch in den Verwaltungsbezirken Groß-Berlins während des Jahres 1926 ergab sich folgendes:

Verwaltungsbezirk	Gefrierfleisch-verbrauch je Kopf in Kilogramm	Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölk. in Prozent
Zehlendorf	0,2	19,7
Wilmersdorf	2	16
Steglitz	2,9	23,3
Schöneberg	2,8	23,5
Tiergarten	3,3	36,3
Charlottenburg	3,9	28,3
Spandau	4,9	53,1
Reinickendorf	5	46,4
Lichtenberg	6,2	47,2
Friedrichshain	6,5	52,1
Weißensee	8	28,5

Es ergibt sich, daß in jenen Bezirken der Weltstadt Berlin, wo die Bevölkerung überwiegend Arbeiterbevölkerung ist, das meiste Gefrierfleisch verbraucht wird. Aehnliche Ergebnisse finden wir im ganzen Reich. Ausgesprochene Gefrierfleischverbraucher sind die großen Städte an der Küste und die Industriestädte in Rheinland und Westfalen. Die geplante Verteuerung des Gefrierfleisches muß also vorzugsweise eine Arbeiterschaft treffen, deren Nahrung in vielen Fällen während der letzten Jahre das Gefrierfleisch war!

Kernstück des Gaskrieges.

(Das zu empfehlende Wiener Beispiel.)

Die Stadt Frankfurt a. M. ist vor einigen Tagen mit einer Denkschrift über den Erwerb von Kohlenfeldern durch die Frankfurter Gas-Gesellschaft, A.-G., in die Oeffentlichkeit getreten und hat damit gleichsam den Kampf um die Gas-Fernversorgung von neuem eröffnet. Auch die Tagung des deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner, die am Mittwoch in Kassel begonnen hat, wird sich abermals gründlich mit dem Problem beschäftigen. Die Gegenseite ist natürlich auch auf dem Kampfplatz erschienen: Die Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung hat öffentlich unter dem Titel „Deutsche Großgasversorgung" eine seit langem fertiggestellte Denkschrift über die Frage der Ferngasversorgung und Ferngasleitung. Die Oeffentlichkeit ist über das Problem hinreichend unterrichtet. Es besteht kein Zweifel, daß durch die Ferngasleitung die Versorgung in Deutschland erweitert und verbilligt werden kann, ohne daß man, wie übereifige Extremisten anfangs glaubten, rentable Regiewerke zum alten Eisen werfen muß. Für den Konsumenten ist aber die billigste Gasbelieferung die Hauptsache. Diese Forderung bedeutet Vermeidung eines Gasmonopols und Verwirklichung des Fernleitungsgedankens im gemeinwirtschaftlichen Sinne.

Nach einer Statistik des Deutschen Städtetages wurden im Jahre 1925 nicht weniger als 15 Prozent des Finanzbedarfes der untersuchten deutschen Städte aus den Ueberschüssen der städtischen Betriebe gedeckt. Ständen den Gemeinden andere Einnahmequellen zur Verfügung, so könnten sie den Gas- und Stromverbrauchern diesen kommunalen Preiszuschlag, der eine ausgesprochene indirekte Steuer ist und jährlich nicht weniger als 11,4 Mark (vor dem Kriege nur 5,4 Mark) pro Kopf der Bevölkerung beträgt, erlassen. Der technische Fortschritt, die Herstellung von nahtlosen Röhren, die an ihren Enden elektrisch zusammengeschweißt werden, so daß sie für die Fernleitung von Gas selbst mit hohen Drucken geeignet sind, bieten die Möglichkeit einer Gasverbilligung und Beseitigung einer drückenden indirekten Steuer, der Gassteuer. Da mit der Gasverbilligung zugleich eine Produktionssteigerung verbunden ist, ermäßigen sich mit der Abschaffung der Gassteuer auch die Produktionskosten; die Herabsetzung des Gaspreises liegt also sowohl im Interesse der Bevölkerung als auch im Interesse der Gasproduzenten.

Eine vorbildliche Regelung hat man im sozialdemokratisch regierten Wien durchgeführt. Die dortige sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nahm seit Anbeginn den Standpunkt ein, daß sich die öffentlichen Monopolunternehmungen selbst erhalten können und sollen. Eine Ablieferung der etwaigen Ueberschüsse an die Gemeinden erfolgte überhaupt nicht. Der Gaspreis ist dementsprechend geringer als vor dem Kriege. Er betrug vor dem Kriege 0,17 Goldkronen und heute nur 0,13 Goldkronen. Noch stärker ist in Wien die Preissenkung beim elektrischen Strom (für Beleuchtungszwecke), der heute mit 0,36 Goldkronen (0,52 Schilling) nur 52 Prozent des Vorkriegspreises kostet. Der Kraftstrom kostet nur 0,25 Schilling (0,18 Goldkronen). Selbstverständlich hat mit der Verbilligung der Energie der Kreis der Abnehmer stark zugenommen. 1926 wurden in Wien 387 000 Gasbezieher gegenüber 212 000 Gasbeziehern im Jahre 1913 festgestellt. Noch stärker ist die Steigerung der Abnehmerzahl für Elektrizität: 1913 waren es nur 85 000, 1926 dagegen 501 000. Seit 1926 ist die Zahl der Abnehmer, eben des billigen Preises wegen, weiter stark gestiegen. In dem verarmten Wien hat sich die Stromerzeugung gegenüber dem Frieden mehr als verdoppelt. Sie betrug 1913 = 129 Millionen, 1926 aber 416 Millionen Kilowattstunden.

Man kann die Wiener Kraftwirtschaft wohl vorbildlich nennen. Dagegen betreibt man bei uns ein System, das nicht nur die Wirtschaft, die Industrie, sondern vor allen Dingen die auf den Kraftbezug lebensnotwendig angewiesenen breiten Massen überaus stark stark belastet. Die Gassteuer ist eine produktionsfeindliche und volksfeindliche Steuer und der technische Fortschritt der Ferngasleitung mit seinen für die ganze Wirtschaft lebenswichtigen Auswirkungen auf unsere bedeutendsten Rohstoffindustrien hat nur dann einen Sinn, wenn die kulturfeindliche Gassteuer verschwindet.

Es wird die ganze Frage der Ferngasleitung, was immer wieder mit Fleiß übersehen wird, zu einer Frage der Steuerpolitik. In Deutschland wird man den Gemeinden so weite Befugnisse, wie sie die Gemeinde Wien besitzt, die ja verfassungsrechtlich ein „Bundesland" ist, wohl nicht zugestehen können. Aber im Rahmen des gegenwärtigen Finanzausgleiches haben die Gemeinden manche Möglichkeit (Vergnügungssteuer in Berlin und Frankfurt) die indirekte Steuer, die die hohen Gas- und Elektrizitätstarife darstellen, durch andere soziale und wirtschaftlich zweckmäßigere Steuern zu ersetzen. Kommunen haben aber die Gemeinden dafür zu kämpfen, daß ihnen diese Möglichkeit durch eine entsprechende Ausgestaltung des Finanzausgleiches noch mehr erweitert wird. Wenn die heutige Reichsregierung die Absicht hat, die Gemeindesteuern zu mindern, so werden gerade die Verbraucher von Gas und Strom oder mit Gas und Strom [illegible] sich eigentlich angesichts des Kampfes um die Ferngasleitung darauf besinnen, daß die Interessen der Massen nicht im Kampfe gegen den technischen Fortschritt, sondern im Kampfe um [illegible] der Gemeinden gegeben [illegible]

Arbeiter-Sport

Abschied von Riga.

Die Abfahrt der ausländischen Arbeitersportler nach Abschluß des des lettischen Sportfestes in Riga vollzog sich unter großer Begeisterung und Anteilnahme der Bevölkerung, die zu Tausenden den Scheidenden das Geleite zum Bahnhof gab. Die deutschen Sportler, die österreichischen Schuhhändler, die tschechoslowakischen Turnerinnen und die finnischen Sportgenossen fuhren gemeinsam über Reval und von da mit dem Schiff nach Helsingfors zur Teilnahme an dem finnischen Arbeitersportfest. Hier hatte sich zur Begrüßung außer den finnischen Sportgenossen auch ein Vertreter der deutschen Gesandtschaft eingefunden. Nach den Begrüßungsansprachen wurde die Internationale gespielt, worauf die deutschen und sonstigen ausländischen Sportgenossen mit fliegenden Fahnen durch die Stadt zum Volkshaus zogen. Das prächtige Gebäude ist mit Flaggen der am internationalen Arbeitersportfest teilnehmenden Nationen geschmückt. Die deutsche Mannschaft ist wohlauf.

Arbeiter-Sport-Kartell zu Breslau, e. V.

Heut, Freitag abend, Startnummern- und Wakatausgabe für die Straßenläufe, im Gewerkschaftshaus, abends 8 Uhr. — Treffpunkt der Sportler aller Vereine in Sportkleidung am Sonntag auf den vier Stellplätzen, früh 8 Uhr, Hochstraße Waterlooplatz, Striegauer Platz und Mauritiusplatz, hier ist um ½8 Uhr am Milchhäuschen, Brockauer Straße, Vortreffpunkt. Von diesen Plätzen marschieren die vier Züge nach dem Westpark. Während des Anmarsches stellen sich schon die Läufer auf! Um 9 Uhr muß alles stehen. Am Schluß des Männerlaufes werden die drei Strophen des Bundesturnmarsches am Ziel gesungen. Die Kinder aller Vereine marschieren mit den vier Zügen mit und stellen sich am Ziel am Bordstein auf. Nach dem gemeinsamen Gesang gehen die vier Züge nach den Stadtteilen zurück, alles bei den Kapellen sammeln.

Montag abend werden 200 kräftige Männerfiguren, Athleten, Turner, Schwimmer usw., zur Massenszene im Zirkus Busch benötigt. Erste Probe (mit Badehose) am Montag abend, 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Desgleichen werden 10 Sportlerinnen mit guter Figur gebraucht. Meldungen am Montag abend.

Arbeiter-Schwimmverein „Poseidon", e. V.

Zu dem am Sonntag, den 19. Juni, stattfindenden Straßenlauf sind folgende Läuferinnen und Läufer aufgestellt worden:

A. Frauen: Scheuermann, M. Präkelt, F. Präkelt, Hübner, Bartnik, Böhm, Urbansky, Franzke, Milere, Löschnig, C. Beil, Baumann, Amplewitz, Größner, Sturm, Reichelt I, Reichelt II.

B. Männer: Richter, Batschik, Polotzek, Lubin, Kaluza, Kotalla, Thomas, Quak, Größner, Breiler, Sperling, Duchale, Geiße, Frei, R. Herfurt, Graboße, Simnofsky, Klingeberger, Mücke, R. Franke, Surauf.

C. Jugend: Fischer, Hempel, Graboße, Haase, Martin, Keller, Galisch, Amplewitz, Striezel, Seel, Häusler, Kluge, Weber, Gewiese, Griebsch, Steinchen, Tautz, Basson, Franke, Kionke, Jäkel, E. Bündig.

Kleidung: Frauen: schwarz, Männer: rot-schwarz, Jugend rot-weiß. — Quartiermeldungen zum „Rast" nimmt noch Schwimmgenosse Schilf entgegen.

Arbeiter-Wasserrettungsdienst. Am Sonntag, den 19. Juni besetzt Schwimmverein „Poseidon" die Rettungsstationen in folgender Besetzung: Zimmer, Kretschmer, Nuß, Kusch, Häusler, Schüßler. Treffpunkt 7 Uhr: Freie Radervereinigung Breslau.

Rastabzeichen und -Karten. Heute abend, 7½ bis 9 Uhr, müssen alle Vereine die Abzeichen und Karten im Restaurant des Gewerkschaftshauses in Empfang nehmen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau, 4. Abteilung. Freitag, den 17. Juni, Abendtour nach Wilhelmshafen. Start ist 7 Uhr abends Waterlooplatz. Nächster Abteilungsabend 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Bartschstraße 6. Sonnabend, den 18. Juni, große Werbeversammlung in Brockau, Lokal Mende. Genossen, welche daran teilnehmen, treffen sich 7 Uhr abends Klosterstraße, Ecke Ofener und Tauentzienstraße.

Sportvereinigung Nord-Ost 03, e. V. (Achilles-Felsenfest). Sonnabend, den 18. Juni, abends 7½ Uhr, Werbeversammlung bei Boudlik, Königgrätzer Straße 10. — Die Vereinigung hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch im Osten der Stadt eine Sportlerinnenabteilung ins Leben zu rufen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Sonnabend, den 18. Juni, Sonnenwendfeier in Sibyllenort. Abmarsch 7½ Uhr. Endstation Matthiasstraße. Abfahrt ab Hauptbahnhof 17.54, 18.58, 20.48, 22.16 Uhr. Abfahrt ab Odertorbahnhof 18.08, 19.09, 21.05, 22.29 Uhr. Sonntagsfahrkarte Sibyllenort 90 Pf., Hauptbahnhof, Odertorbahnhof 60 Pf. Montag, den 20. Juni, abends 20 Uhr, Photo-Sektion.

Geräteausschuß zum „Rast". Sämtliche Mitglieder des Geräteausschusses erscheinen morgen, Sonnabend, Punkt 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus zur wichtigen Sitzung, Zimmer an der Tafel.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Boxen. Morgen, Sonnabend, 8 Uhr, bei Melzig, Burgstraße 4, Techniker-Sitzung.

Ausschluß. Der Arbeiterturnverein Neukirch hat sein bisheriges Mitglied Max Baier ausgeschlossen.

Sportvereinigung Nordost 03, e. V. Sonnabend, 7 Uhr, haben sämtliche Stafettenmannschaften nochmals in Oswitz zu erscheinen. Sonntag früh, 7½ Uhr, Treffpunkt Turnhalle, Waterlooplatz.

Freie Turnerschaft, 5. Männer-Abteilung. Freitag, den 17. Juni, 21 Uhr, Abteilungsversammlung im bekannten Lokal. — Am 19. Juni, früh ½8 Uhr, treffen sich sämtliche Stafettenläufer, Jugend wie Männer, im Abteilungslokal, Bartschstraße, daselbst Auskleidegelegenheit. Punkt ¾8 Uhr Abmarsch nach dem Stellplatz, Waterlooplatz: 8 Uhr Abmarsch von hier mit Musik nach dem Westpark.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Die für den „Rast" gemeldeten Ordner sämtlicher Abteilungen stehen am Sonntag, den 19. Juni, früh 8 Uhr, am Westpark. Räder mitbringen.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 16. Juni gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die sich frachtparität Breslau verstehen) Tendenz: Getreide: Ruhig — Kartoffeln: (Erzeugerpreise). Bei geringem Angebote fester. — Futtermittel: Behauptet. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	16	15
Weizen 75 kg†)	31,00	31,00
Weizen 71 „ §	30,00	30,00
Roggen 71 „ †	29,30	29,30
Roggen 68 „ §	28,30	28,30
Hafer*)	26,00	26,00
Braugerste §§)	25,70	25,70
Mittelgerste	23,50	23,50
Winter-Gerste*)	23,50	23,50

§§ Reine Ware über Notiz.

Oelsaaten:	16	15.
Winterraps *	—,—	—,—
Leinsamen *	—,—	36,00
Senfsamen *	—,—	40,00
Hanfsamen *	—,—	25,00
Blaumohn *	—,—	84,00

†) Gute Qualität.
§) Durchschnitts-Qualität.
*) Mittlere Art und Güte.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	16	14.
Weizenkleie	15,25-16,75	15,50-17,00
Roggenkleie	17,50-18,50	17,75-18,75
Gerstenkleie	20,00-23,00	20,00-23,00
Leinkuchen	22,00-23,00	22,00-23,00
Rapskuchen	16,50-17,50	16,50-17,50
Palmkernkuch	18,75-19,75	18,75-19,75
Sesamkuchen	24,25-25,25	24,25-25,25
Kokoskuchen	21,50-22,50	21,50-22,50
Palmkernschrot	18,75-19,75	18,75-19,75
Reisfuttermehl 24 %	16,75-17,75	16,75-17,75
Biertreber	15,00-16,00	15,25-16,25

	16	14
Malzkeime	14,75-15,75	14,75-15,75
Trockenschnitzel	14,00-14,50	14,25-14,75
Weizenkleie-melasse %	12,50-13,00	12,50-13,00
Biertreber-melasse %	12,50-13,00	12,50-13,00
Palmkern-melasse %	12,50-13,00	12,50-13,00
Torfmelasse %	—	—
Mais	19,25-20,25	19,50-20,50
Sojaschrot ca. 44 %	21,25-22,25	21,50-22,50

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Freitag, 8 Uhr, gelangt die Revue-Operette „Der Mikado", die stets mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde, zum letzten Male zur Aufführung. Sonnabend, 7 Uhr, „Der Rosenkavalier". Sonntag, 3½ Uhr, „Zar und Zimmermann". Sonntag, 8 Uhr, „Der Vogelhändler".

Lobetheater. Heute findet die letzte Aufführung von Bernard Shaws folgreicher Komödie „Androklus und der Löwe" statt. Morgen zum ersten Male: „Saison-Ausverkauf", Revue des Schauspiels. Darsteller: das gesamte Personal der Vereinigten Theater, als Gast das Ehrenmitglied der Vereinigten Theater, Oskar Will. Inszenierung: Intendant Paul Barnay. Der Reinertrag der Erstaufführung fließt zu gleichen Teilen der Unterstützungskasse des Verbandes der Schlesischen Presse und dem Ferienfonds der Schauspieler der Vereinigten Theater zu.

Thaliatheater. Geschlossen!

Schauspielhaus. Heute, Freitag, und die folgenden Tage gelangt Peter Tschaikowskys rasch beliebt gewordene Operette „Die Siegerin" zur Aufführung. Sonntag nachmittag „Die Zirkusprinzessin" von Emmerich Kalman. Dienstag geht „Die Siegerin" zum 25. Male in Szene.

Viktoriatheater. Am 16. gastiert die bekannte Breslauer Vortragskünstlerin Olga Iren Fröhlich in „Revue der Einakter": Breslau lacht bis 11 von 8. — Viktoriatheater-Garten. Täglich 8½ Uhr Garten-Kino-Varietee.

Schlesisches Landesorchester. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, findet im Südpark ein Sonder-Konzert unter gefälliger Mitwirkung der Gesangvereinigung „Phöbus", statt. Das Programm enthält u. a.: Vorspiel zu „Die Meistersinger" von Wagner, Ungarische Rhapsodie Nr. 2" von Liszt, Ouvertüre zu „Oberon" von Weber und Andante D-Dur von Röhricht, sowie A-cappella-Chöre von Brahms, Schumann und Jüngst und „Am Wörther See", Walzer für Chor und Orchester von Koschat. Leitung: F. Schützer und C. Röhricht.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 15. Juni 1927.

Der Auftrieb betrug: 1050 Rinder, 1449 Kälber, 808 Schafe, 3464 Schweine. Ueberstand vom vorigen Markte waren: — Rinder, — Kälber, 51 Schafe, 27 Schweine.

I. Rinder.	1050 Stück	Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht Mark
A. Ochsen:	171 „	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	1. jüngere	58—63
	2. ältere	58—63
b) sonst vollfleischige 1. jüngere		46—49
2. ältere		46—49
c) fleischige		30—35
d) gering genährte		—
B. Bullen:	269 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		57—63
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		48—52
c) fleischige		42
d) gering genährte		—
C. Kühe:	463 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		55—58
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		43—48
c) fleischige		30—35
d) gering genährte		18—22
D. Färsen (Kalbinnen):	118 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		57—63
b) vollfleischige		46—50
c) fleischige		36—40
E. Fresser:	20 Stück	
Mäßig genährtes Jungrieh		38—44

II. Kälber.	1440 Stück	
a) Doppelter bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		72—78
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		62—67
d) Geringere Kälber		52—56

III. Schafe.	853 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel:	1. Weidemast	—
	2. Stallmast	57—63
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe		43—52
c) Fleischiges Schafvieh		30—35
d) Geringes genährtes Schafvieh		—

IV. Schweine.	3491 Stück	
a) Fettschweine über 150 Klg. (3 Zentner) Lebendgewicht		57—59
b) vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew.		57—59
c) „ „ „ „ 200—240 „ „		55—57
d) „ „ „ „ 160—200 „ „		53—55
e) fleischige „ „ 120—160 „ „		48—50
f) „ „ unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
g) Sauen		50—52

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufsspesen, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Geschäftsgang: Rinder und Kälber gut, Schafe mittel, Schweine schlecht.

Familien-Anzeigen

Am 15. Juni verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied

Paul Tscheschlog

im Alter von 45 Jahren. 487

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Begräbniskasse „Archimedes".

Beerdigung: Sonnabend, 18. Juni, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle II des Oswitzer Friedhofes.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter V. a. G. Hamburg.

Sonntag, 19. Juni, vormittags 10 Uhr im Hotel „Zum gelben Löwen", Oderstr. 23, I. Etg.:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahl der Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes.

Legitimation: Mitgliedsbuch oder Krankenschein.

Um rege Beteiligung ersucht

428 Die Ortsverwaltung.

Beteilige mich an der Kassenpraxis sämtlicher Krankenkassen

Dr. med. St. Kaczyński

prakt. Arzt

Fernruf O. 3529 VI, Posenerstr. 33. 8354

Inserate erzielen in unserer Zeitung — den größten Erfolg! —

Dr. Leo Münz

Frauenarzt

Gartenstraße 16 4213

Telephon-Anschluß **jetzt Ohle 1564.**

Bekanntmachung.

Pfänder-Versteigerung

am Donnerstag, den 23. Juni 1927, vorm. 9 Uhr,

rote Scheine bis Nummer 100 000
rote Scheine von Nummer 50 000—51 000
weiße Scheine bis Nummer 42 000

Verlängerungen werden nur bis 20. Juni angenommen.

Vom 22. Juni, mittags 1 Uhr ab bis zum 24. Juni, mittags 1 Uhr ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.

Städtisches Leihhaus, Messergasse 9, Ecke Stockgasse. 8353

Zurückgekehrt!

Dr. med. 3306

Erich Büchler

Glogauer Straße 3.

Zurückgekehrt

San.-Rat 4214

Dr. Brumme

Matthiasstraße 11.

Vertreter sowie neue Herren-Anzüge sind wieder billig vorrätig.

L. Juliusburger

Kupferschmiedestr. 31

Pfänder-Auktion

bestimmt am 22. Juni

Mariannenstraße 6.

Nähmaschinen

für Haushalt u. Schneiderei

Singer 49 M.

75 Mk., 85 M. 5 J. Garantie

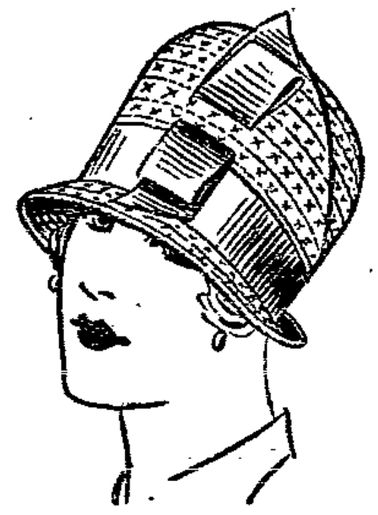
Wiesner, Sadebeulstraße 5.

Genossen!

Genossinnen

Empfehlt Eure Familienanzeigen der

Volkswacht



Ein großer Fabrik- und Lagerposten elegante, garnierte

Damen-Strohhüte

bestehend aus nur streng modernen, mittleren, kleinen und großen Formen, in extra feinen, aparten Geflechten, mit Seidenband- und Strohgarnituren, äußerst reichhaltiges Farben-Sortiment, zum Aussuchen

durchweg Stück **2.45**

Diesson Waldschmidt 6.m.b.H. 8345

Lebensmittel

besonders preiswert

Wir kennen nur ein Ziel, unsere Kunden durch Qualitätsware und anerkannt äußerste Preise dauernd zufriedenzustellen. Unser Erfolg beweist es.

Schlesische Molkereibutter

½ kg **1.65**

Deutscher Räucherspeck	½ kg	1.20
Amerikanischer Räucherspeck	½ kg	1.00
Holma, Feinkost-Margarine □	½ kg	1.00
Postkolli 9×½ kg portofrei		8.50
Holsteiner Eigelb-Marg. B.K.R. □	½ kg	0.80
Postkolli 9×½ kg portofrei		7.00
Spez.-Tafel-Margarine B. K. R □	½ kg	0.60
Postkolli 9×½ kg portofrei		5.40
Echt Emmenthaler Käse, saftig, großlochig	½ kg	2.00
Schweizerkäse, großgelocht	½ kg	1.40
Stieblers Chester-Käse	½ kg	1.20
Tilsiter Edamer-Käse	½ kg	0.80
Allgäuer Limburger	½ kg	0.60
Delik.-Matjesheringe, dickrückig, St. 0.15,		0.20

Hering in Gelee

½	1	2	4 Ltr.-Dose	ausgew. ½ kg
0.48	0.95	1.80	2.80	0.50
Delikatessülze ½kg-Dose 0.65,			ausgw. ½ kg	0.50
Hannoversche Rotwurst			½ kg	1.20
„ Preßkopf			½ kg	1.20
Rügenwalder Mettwurst			½ kg	1.20
Holsteiner Salamiwurst			½ kg	1.40, 1.80

Früchte — Gemüse

Italiener-Tomaten	½ kg	0.60
Holländer-Tomaten	½ kg	1.10
Ital. runde Kartoffeln	2 Pfd.	0.35
„ Nieren „	½ kg	0.25
Junge Schnittbohnen	½ kg	0.40

Frische Gurken, Karotten, Kohlrabi zu niedrigsten Tagespreisen.

Unsere Qualitäts-Kaffees

täglich frische Röstung

½ kg **3.20—4.40**

Der Versand nach auswärts wird schnellstens und auf das beste erledigt.

Breslauer Kaffee-Rösterei

Otto Stiebler

Breslau 1, Zwingerplatz 5 u. 31 Filialen

7899

Steinmetz-Kraft-Brot

Die reinste und gesündeste Nahrung

ist, wie längst bekannt, das aus gewaschenem und enthülstem Roggen und Weizen hergestellte

Steinmetz-Kraft-Brot

Backart hält frisch, wenn sie trocken heißt. 1.1.

Hersteller für Breslau und Umgegend **Quaiß Aktiengesellschaft Dampfgroßbäckerei**

Breslau 17, Frankfurter Straße 172. Fernspr. Ring 464.

Ueberall erhältlich! Ueberall erhältlich!

GEBURTS- VERLOBUNGS- HOCHZEITS- TODES-

ANZEIGEN

liefert schnell die

Volkswacht-Buchdruckerei

Flachstraße 14, Fernruf Ring 2205 u. Ohle 3973

Für die Frauen

pfingsttreffen sozialistischer Fürsorgerinnen

Vom 5. bis 7. Juni waren die sozialistischen Fürsorgerinnen in Elgersburg in Thüringen, einem waldigen Badeort, einer Hochburg der Arbeiterbewegung, beieinander. Sie hörten Vorträge über „Arbeitsvermittlung und Wohlfahrtspflege" von Genossin Kube vom Landesarbeitsamt Berlin, über „Die psychologischen Grundlagen der Gefährdetenfürsorge" von Dr. Siegfried Bernfeld-Berlin, und über „Die Tätigkeit einer Polizeibeamtin" von Frau Josefine Erbens-Hamburg. Die Tagung war fruchtbar, durch persönlichen Austausch von Erfahrungen und sozialistische Zielsetzung in der Wohlfahrtsarbeit, der sich, wie alljährlich, rege unter den Wohlfahrtspflegerinnen, solchen, die es werden wollen und anwesenden Genossinnen entspann; gelungen durch die sehr gute Auswahl, die der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt in den Referenten getroffen hatte, nicht zu vergessen durch die vorzügliche Unterbringung der über hundert Teilnehmerinnen.

In den Ausführungen zu dem ersten Thema vertrat Genossin Kube die Auffassung, daß die Arbeitsvermittlung keine Wohlfahrtspflege ist. Sie ist in ihrer Funktion auf Werbung angewiesen und muß im Wirtschaftskampf nach dem Vertrauen der Arbeitgeber und -nehmer streben. Sie besitzt daher eher den Charakter eines kaufmännischen Unternehmens. Das wohlfahrtspflegerische Element tritt in Erscheinung in der Verteilung von Notstandsarbeiten in kleinerem und größerem Maßstab, in der Unterbringung entlassener Strafgefangener, sittlich Verwahrloster, Erwerbsbeschränkter, in der besonderen Fürsorge für Jugendliche, auch bei auswärtiger Arbeitsbeschaffung und der Einrichtung von Nachheimen für arbeitslose Hausangestellte. Im Interesse dieser Aufgaben liegt die individuelle Vermittelungsmethode, die leider durch eine vielfach durchgeführte Rationalisierung der Arbeitsnachweise, die dem Vermittler nur ein Mindestmaß an Zeit läßt, sehr unterdrückt worden ist. Die Aufhebung der Schaltervermittlung glaubt die Referentin für die nächste Zeit trotzdem noch nicht befürworten zu können, da ein Erfolg unter den jetzigen Verhältnissen kaum zu erwarten ist. Für die Zukunft allerdings ist das Fallen des Schalters zu fordern. Wir müssen überall erstreben, daß die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt in unsere Hände kommt, da heraufziehende Krisen von bürgerlicher Seite oft wesentlich anders beurteilt werden. Die Referentin ging dann noch, besonders auch in dem nach lebhafter Diskussion gesprochenen Schlußwort, auf die von der Regierung geplante Neuregelung des Arbeitsnachweiswesens ein. Statt der Gemeinden soll der Staat der Träger des Arbeitsnachweiswesens werden. Die Stellungnahme der Gewerkschaften zu einer künftigen Reichsanstalt ist positiv, die der Gemeinden sehr verschieden. Die Tendenz, sich entlasten zu wollen, ist vorhanden bei Gemeinden, denen es nicht gelungen ist, aus eigener Kraft einen guten Arbeitsnachweis einzurichten. Wo das jedoch geschehen ist, will man die Einflußsphäre, die man jetzt besitzt, nicht aufgeben. Leider ist die Machtkonstellation, die den Arbeitnehmern durch das jetzige Arbeitsnachweisgesetz gegeben ist, in vielen Gemeinden noch nicht genügend ausgenützt worden. Genossin Kube hob hervor, daß die besondere Eile, mit der die Vorarbeiten zu der Neuordnung hinter verschlossenen Türen unter völligem Ausschluß der Praktiker, von der Regierung betrieben werden, bei uns Mißtrauen und Aufmerksamkeit erwecken sollten. Aus der umfangreichen Aussprache sei nur erwähnt, daß Regierungsrat Hedwig Wachenheim das Bedauern des Hauptausschusses aussprach, über die nichterfolgte Mitarbeit der Gewerkschaften an der jetzt festgesetzten Berufsausbildung männlicher Wohlfahrtspfleger.

Auf ganz besonders hohem Niveau stand das Referat des Genossen Bernfeld, der in Berlin als Dozent, unter anderem auch an der Hochschule für Politik, tätig ist. Er leitete ein mit dem Hinweis, daß die psychologische Betrachtungsweise vom sozialistischen Standpunkt aus selbstverständlich nicht die dringlichste sei. Wende man sich ihr jedoch zu, so ist festzustellen, daß die neuere Forschung auch hier Umwälzungen gebracht habe, die eine neue Bestätigung der ökonomischen Geschichtsauffassung sind. Er legte die neueren Erkenntnisse in folgendem dar: Die bürgerliche Wissenschaft betrachtete psychische Defekte, unter denen Gefährdete zumeist leiden, als angeborene Defekte. Sie übersah eine Beeinflussung und Erzeugung durch die soziale Umgebung fast völlig. Man erkennt jetzt, daß es sich bei vielen Gefährdeten um erworbene Defekte handelt, und zwar um psychische Fehlentwicklungen, infolge falscher sozialer Situation. Die Gegenmaßnahmen müssen, dieser andersartigen Erkenntnis entsprechend, auch anderer Art sein. Statt pädagogischen Heilmethoden müssen soziale angewendet werden. Zwei wesentliche Gebiete der Gefährdung sind Homosexualität und Prostitution. Die Homosexualität ist eine erworbene Triebkraft. Verführung, Beispiel, Sexualnot und besonders privates Kindesschicksal spielen ihre große Rolle. Sie tritt in jedem sozialen Milieu auf, obgleich von schlechten sozialen Umständen besonders begünstigt. Anders verhält es sich mit der Prostitution. Sie ist ausschließlich eine soziale Erscheinung. Psychologisch ist die Prostituierte von der normalen Frau nicht verschieden veranlagt, nur in der Folge bewirkt die soziale Deklassiertheit eine seelische Zerrüttung, die als Erkrankung angesehen werden kann. Zwar ist ein leichter Grad von Schwachsinn häufig, aber ein besonders starker Sexualtrieb liegt in den meisten Fällen nicht vor. Im Gegenteil, kann Hysterie mit der in ihrem Gefolge oft auftretenden Frigidität (Gefühlskälte) beobachtet werden. Entscheidend ist also die soziale Verwendung eines ursprünglich normalen Triebes. Eine Typisierung der Prostituierten als bestimmt beanlagter Menschen ist abzulehnen. In fürsorgerischen Maßnahmen sind deshalb in erster Linie soziale Forderungen zu erfüllen. Als eine Erscheinung des Kapitalismus wird die Prostitution erst mit der Beseitigung dieses Systems wirklich auch beseitigt werden können, wobei eingeschlossen ist, daß es polygam veranlagte Menschen immer geben wird, und eine gesamte Reform der Geschlechtsbeziehungen mit eintreten muß.

Bei der dritten Gruppe Gefährdeter, den Asozialen, liegen die Ursachen der Verwahrlosung in einer falsch verlaufenen psychischen Entwicklung, deren Gründe in einem Versagen der erziehlichen Einwirkung der Umgebung liegen. Jedes Kind kommt als Triebmensch auf die Welt, ein ständiger Konflikt mit seiner Umgebung ist zunächst das Symptom der Entwicklung. Normal muß die Kette von einzelnen Konflikten in einer ganz bestimmten Weise vollendet werden, ehe die Anpassung an die Gesellschaft vollzogen ist. Dieser Konflikt kann durch die Umgebung vorzeitig abgebrochen und aufgehoben werden, was ein Ueberwuchern einzelner Triebe, ein Nichteinpassen in die Gesellschaft, zur Folge hat. Dies geschieht, wenn die Umgebung des Kindes aus Alkoholikern oder Verbrechern besteht, kann jedoch auch bereits bei dem Mangel an richtigem Erziehungskontakt auftreten. Dieser ist dann nicht vorhanden, wenn es dem Kinde an liebevollem Eingehen, versagender Strenge oder dem Erleben des eigenen Wertes innerhalb der Familie fehlt. Die Anpassung des Kindes aus Schätzung und Liebe zur Familie erfolgt nicht. Daraus entstehen Trotzsituationen in mannigfachen Formen. Die dauernde Protesthaltung zu den Erwachsenen birgt die Gefahr gesellschaftlicher Deklassiertheit. Jedes trotzige Kind kann indes zurückgeführt werden, wenn die Erziehung dort einsetzt, wo die Ursache des Trotzes liegt, an dem Störungspunkt der Entwicklung. Das Kind muß in eine Umgebung gebracht werden, in der eine Auslösung des verdrängten Geltungsbewußtseins stattfindet und eine normale Gegenwirkung, die psychologisch-sozial orientiert ist, eine spätere Einordnung in die Gesellschaft wieder ermöglicht. Dieses gilt auch besonders für den Jugendlichen, dessen Trotz sich häufig in sehr radikaler Opposition gegen die ganze Gesellschaftsordnung äußert. Eine Heilung kann selbstverständlich nur in Anstalten geschehen, erfordert allerdings ganz andere, als bisher bestehen.

Die Diskussion, die sich in Form von Fragestellung abwickelte, ergab Fragen nach der Heilbarkeit der seelischen Zerrüttung der Prostituierten, ihrer Berufsfrage, der Sterilisierung und der Degeneration der heutigen Gesellschaftsschichten.

Eine Heilbarkeit verneint der Referent, zur Frage der Degeneration sei hier nur erwähnt, daß er diese fürs Proletariat als nicht vorhanden ansieht. Die Forderung der Sterilisierung ist eine unter den bürgerlichen Klassenschichten Amerikas stark diskutierte Frage. Sie reicht deutlich ins Gebiet der Politik, denn sie fordert eine Unfruchtbarmachung der Opfer des kapitalistischen Systems und nicht eine Umwälzung der Lebensbedingungen. Als eine Frage des kapitalistischen Staates sollte sie nicht in Isolierung zu unserer Forderung gemacht werden.

Am zweiten Tage sprach Frau Polizeikommissar Josefine Erbens über: „Die Aufgaben einer Polizeibeamtin". Die um die Erorberung dieses Arbeitsgebietes der Frau in Deutschland sehr verdiente Referentin legte nach einem kurzen historischen Ueberblick über das Entstehen der weiblichen Polizei, das ins Jahr 1923 zurückreicht, folgendes dar. Die Verwendung von Frauen im Polizeidienst ist notwendig für alle Delikte von und an Frauen und Kindern, bei Jugendgerichtsfällen und insbesondere bei dem Erfassungsdienst der Sittenpolizei. Die Arbeitsaufgaben liegen besonders in der Wahrheitsfindung, im Zeugenschutz und in der häuslichen Einwirkung vorbeugender und nachfolgender Fürsorge. Für viele dieser Aufgaben sind Männer ungeeignet. Ist auch der Ausgangspunkt der gleiche, wie der der Sittenpolizei, so unterscheiden sich doch beide in ihren Mitteln und Maßnahmen. Zwar bedingen sie sich gegenseitig, arbeiten aber in verschiedener Richtung. Die Polizeifürsorge wendet Schutzmaßnahmen an, wirkt vorbeugend, und schon die persönliche Freiheit ihrer Befürsorgten ist weitgehend. Die Referentin konnte die Dringlichkeit ihrer Forderungen mit erschütternden Beispielen aus der Wirklichkeit belegen. Als direktes Ziel ist wünschenswert, durch ein Eindringen der Frau in Polizei und Kriminalpolizei, auf der anderen Seite auch durch Hineinwachsen in die Rechtspflege, eine Durchdringung der Polizei mit dem Geist weiblicher Eigenart zu vollziehen, und so zu einer gesunden Reform des Polizeiwesens beizutragen.

In einer Diskussion wurden verschiedene Fragen gestellt. Die Uniform für die weibliche Polizei, als Verkörperung des Wohlfahrts- und Schutzgedankens, bejahte die Rednerin für manche Zwecke, wenn auch nicht für den gesamten Dienst. Sie kritisierte die Ausbildung der Polizeibeamtinnen in Preußen, die sie in vorgeschobene Posten zu frühzeitig isoliert, begrüßte aber sonst die reformistische Tendenz aufweisende Entwicklung in Preußen und Hamburg im Gegensatz zu der Beibehaltung des bisherigen Charakters der Polizei in Bayern. Genossin Paula Kurgaß hatte im Verlauf der Diskussion darauf hingewiesen, daß eine gründliche Reform der Polizei im heutigen Klassenstaat mit seiner Klassenjustiz auch unter dem Einfluß der Frau nicht stattfinden wird, sondern eine Frage der sozialistischen Revolution ist. Die Teilnehmer stimmten ihr einstimmig und lebhaft zu, obgleich sie den Ausführungen von J. Erbens mit großem Interesse gefolgt waren und ihr viel Dank gespendet hatten.

In einer Besprechung über Organisationsfragen im Verlauf der Tagung teilte Genossin Wachenheim mit, daß nun endgültig vom Hauptausschuß als Berufsorganisation sozialistischer Wohlfahrtspflegerinnen der Zentralverband der Angestellten empfohlen werde, der bereits daran geht, eine besondere Sektion zur Vertretung der Interessen der Fürsorgerinnen zu vertreten. Um Zersplitterung zu vermeiden, ist der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt mit den anderen in Frage kommenden Verbänden in Verhandlungen getreten.

Das Treffen bedeutete unzweifelhaft einige Schritte vorwärts in der Festigung einer gemeinsamen Arbeitsfront im Sinne des Sozialismus. Bedeutungsvoll war, daß die Ueberzeugung von dem starken Einbruch der Politik in alle Wohlfahrtsarbeit gemeinsames Erkenntnisgut bildete. Fr. Gockisch.

Die Hausfrauenverbände, deren reaktionäre Einstellung ja bekannt ist, wenden sich aus angeblich „nationalen" Gründen gegen die Verbilligung des Gemüses durch die Einfuhr von holländischem Gemüse. Der Reichsverein setzt sich deshalb — genau wie die Demokratische Reichstagsfraktion — dafür ein, daß die Anbringung von Plakaten über schnelle Gemüsebeförderung durch die Deutsche Reichseisenbahngesellschaft unterlassen werden möge. Das ist eine interessante Illustration zur Zollgesetzgebung des Bürgerblocks.

Eine Vorkämpferin der türkischen Frauenbewegung, Halidé Edib hat kürzlich in London ihre Erinnerungen veröffentlicht. Sie erzählt von der Zeit, als die Türkin noch Schleier und Hosenrock trug und die Vielweiberei bei den zahlungskräftigen Männern selbstverständlich war. Halidé Edib hat inzwischen den Sieg ihrer guten Sache erleben dürfen. Grundlegende Reformen haben die Türkin befreit. Allerdings hat der Harem noch nicht alle Macht verloren, aber man darf annehmen, daß diese Jahrhunderte alte soziale Einrichtung schon in kurzer Zeit vollständig verschwinden wird.

Selbst ist die Frau

AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT"

KOSTÜME

L 5483. Größe 44 und 48. KOSTÜM aus Wollrips oder Tuch mit langer Jacke und einem schlichten Rock mit gegeneinander gelegten Falten. Erforderlich etwa 3,70 m 130 cm breit, für Größe 48.

L 5484. Größe 44 und 48. PRAKTISCHES SPORTKOSTÜM aus gemustertem Wollstoff. Der Rock ist gerade geschnitten und tritt vorn seitlich übereinander. Erforderlich etwa 3,50 m Stoff 130 cm breit, für Größe 48.

FÜR STÄRKERE

L 5611. Größe 46 und 50. SOMMERKLEID aus gemustertem Volle mit einfarbigem dunklen Blendenbesatz. Weißes Unterkleid und Jabot. Stoffverbrauch: 4,25 m gemusterter Stoff 80 cm breit; 2,75 m einfarbiger Stoff 100 cm breit; 0,60 m dunkler Besatzstoff 100 cm breit, für Größe 50.

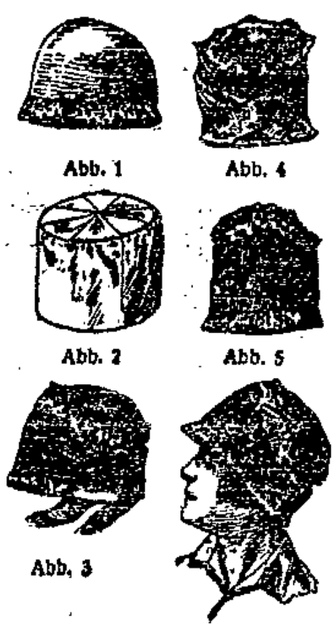
J 3046. Größe 46 und 50. HÜBSCHES SOMMERKLEID aus leichtem marineblauen Stoff. Am Rock breite Soutachestickerei. Weste, Schalkragen und Ärmelaufschläge aus modefarbenem Stoff. Erforderlich etwa 3,60 m dunkelblauer Stoff 100 cm breit, 1,30 m Besatzstoff 100 cm breit, für Größe 50.

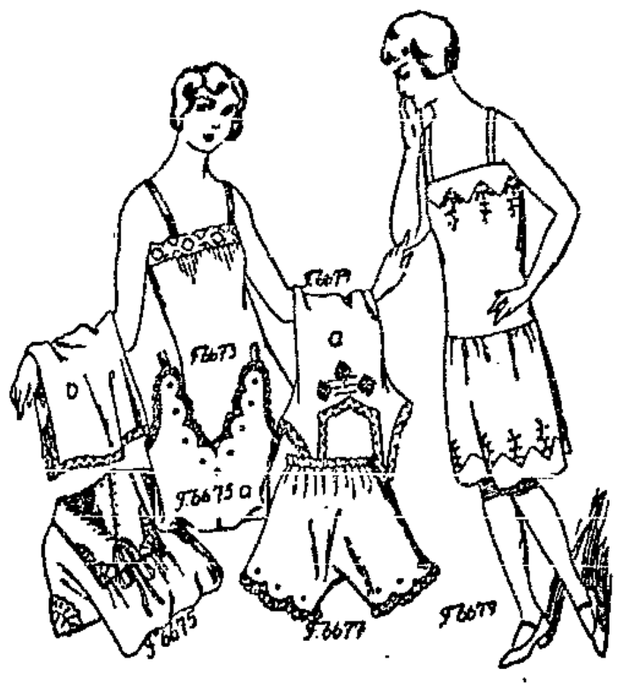
Lyon-Schnitte 90 Pf.

DER NEUE SOMMERHUT

Der neue Sommerhut hat durchweg einen sehr hohen Kopf und eine sehr schmale Krempe. Unser Modell Abb. 6 ist aus schwarzem und kupferrotem Band hergestellt. Unsere Leserinnen können ihn nach unserer Anleitung mit den hier gezeigten Bildern mit Leichtigkeit herstellen. Die Form ist aus schwarzem Linon und wird meist fertig gekauft. Sie ist ziemlich steif. Man faßt die Krempe mit dem kupferroten Band ein und muß am oberen Rande des Bandes feine Fältchen machen. (Abb. 1.) Die untere Krempe, die gegen das Gesicht zeigt, wird mit schwarzem Band besetzt. Nun nähen wir das runde Kopfteil zusammen, das aus acht Dreiecken besteht, die aus dem breiten schwarzen Bande zugeschnitten wurden. Diese Dreiecke sind an den beiden Längsseiten 10,5 cm, an der schmalen Breite 8 cm breit. Das runde Kopfteil mißt, wenn es fertig ist, 21 cm im Durchmesser. An dieses Kopfteil wird jetzt das 18 cm breite Band angenäht. Die Weite beträgt 60 cm. Das runde Kopfteil und das breite Band von 60 cm Weite werden verbunden (Abb. 2), worauf das nun fertiggestellte Kopfteil auf die Linonform gestülpt wird. Es wird am untern Rand mit feinen Stichen auf die kupferrote Krempe genäht. Vorn liegt es glatt auf der Linonform, hinten wird es in Falten gelegt, wie das aus den Abb. 3 und 4 ersichtlich ist. Jetzt wird ein 4 cm breites kupferrotes Band, das in der Länge 90 cm mißt, nach unsern Abb. 3, 4 und 5 um das Kopfteil geschlungen, mit feinen Stichen angenäht und hinten gekreuzt. Die beiden Enden werden sauber am Hutrand befestigt. Die letzte Arbeit besteht im Annähen des Hutfutters, das in Nr. 14 dieser Zeitschrift, Jahrgang 1926, gezeigt wurde.

F. H. 6506. 3—5 Jahre. HÄNGERCHEN aus Volle mit leichter Buntstickerei in Kreuzstich. Stoffverbrauch: 1,80 m 80 cm breit. Bügelmuster 30 Pf.





SCHLICHTE DAMENWÄSCHE

F 6672. MORGENHÄUBCHEN aus gepunktem Mull. Stoffverbrauch: 0,65 m 79 cm breit.

F 6673. Größe 44 und 46. TAGHEMD mit geradem Spitzenabschluß. Stoffverbrauch etwa 1,60 m 80 cm breit.

F 6674 a und b. Größe 44 und 46. HEMD und BEINKLEID mit schmaler Valenciennespitze. Stoffverbrauch etwa 3,20 m 80 cm breit.

F 6675. Größe 44 und 48. NACHTHEMD in Kimonoform mit Handlangetten und leichter Stickerei. Stoffverbrauch etwa 2,60 m 90 cm breit. Bügelmuster 20 Pf.

F 6676. Größe 44, 46 und 48. EINFACHE HEMDHOSE in Windelhöschenform. Stoffverbrauch etwa 2,10 m 100 cm breit.

F 6677 a und b. Größe 44 und 46. TAGHEMD und BEINKLEID in Schlupfform mit Gummibandzug. Stoffverbrauch etwa 3,20 m 100 cm breit.

F 6678. Größe 44 und 46. JUMPERUNTERTAILLE mit Passe aus Spitzenstoffresten. Stoffverbrauch etwa 0,90 m 80 cm breit.

F 6679. Größe 44, 46 und 48. UNTERKLEID mit Zackenabschluß von farbigem Batist und leichter Stickerei. Stoffverbrauch: 2,50 m 100 cm breit; 0,60 m farbiger Batist 100 cm breit. Bügelmuster 20 Pf.

F-Schnitte 60 und 40 Pf.

von Aimée Köster

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht" in Breslau
oder den Verlag der „Frauenwelt" J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Schutz für Bäckereiarbeiter!

Eine Denkschrift der Arbeiter-Verbände.

Das Geschrei über die Notlage des Bäckereigewerbes, der die Regierungsparteien des Reichstages mit ihrem berüchtigten Initiativantrage zur Verschlechterung der Arbeitszeit der Bäckereiarbeiter steuern wollen, hat schon viel Verwirrung angerichtet. Selbst ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung" hält es für angebracht, einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer vorsichtigen Formulierung des Gesetzes sofort hinzuzufügen: „Aber man darf auch nicht vergessen, daß der Handwerksbetrieb der bewaglichste unter allen Betrieben sein muß, sonst kommt er unter die Räder. Dem beweglichen Handwerksbetrieb kann man auf die Dauer nicht den starren Achtstundentag aufzwingen. Gerade die Bäckereien, ihre Erzeugnisse und ihre Preise liefern beim Vergleich mit dem Ausland den Beweis, daß die Verordnung vom 23. November 1918 nicht das Richtige getroffen hat." Man sieht, wie notwendig es ist, daß durch die Denkschrift der Bäckereiarbeiter-Verbände, die soeben dem Reichstag und den Regierungen zugegangen ist, Klarheit über die Arbeitszeitfrage in den Bäckereien und Konditoreien geschaffen wird.

Die Denkschrift gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 ist unterzeichnet vom freigewerkschaftlichen Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband, vom Christlichen Zentralverband der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter Deutschlands und vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe. Gegenüber der Forderung der Bäckereiunternehmer, die Arbeit in den Bäckereien unter den Begriff Arbeitsbereitschaft zu stellen und dadurch die Arbeitszeit auf 60 Stunden in der Woche auszudehnen, sowie die Herstellung leichtverderblicher Konditorware an Sonn- und Feiertagen zuzulassen, wird in der Denkschrift hervorgehoben, daß in dem neunjährigen Bestehen der Verordnung über die Arbeitszeit vom November 1918, die eine Ueberschreitung der täglichen Arbeitszeit verbietet, das Gewerbe sich wirtschaftlich durchaus gut entwickeln könnte. Nach den amtlichen Feststellungen wurden 1901 786 Bäckereien mit Kraftbetrieb, 1926 42 875 solcher Bäckereien gezählt. Besonders auffallend ist die Zunahme der Maschinenbetriebe seit der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages in den Jahren 1914 bis 1926. Die Zahl der vorhandenen Dampfbacköfen stieg während der Zeit des Achtstundentages auf 17 617. Von einer wirtschaftlichen Schädigung des Bäcker- und Konditorgewerbes durch die gesetzliche Regelung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit kann also keine Rede sein. Von 84 068 Innungsmitgliedern waren 1925 nicht weniger als 52 230 Bäckermeister als Hausbesitzer ermittelt, im Jahre 1926 wurden von 66 777 Innungsmitgliedern 63 809 als Hauseigentümer festgestellt.

Selbst bei der gesetzlichen Regelung der achtstündigen Arbeitszeit wurde ein starker Andrang von arbeitslosen Bäcker- und Konditorgehilfen festgestellt, die Andrangziffer betrug im Monatsdurchschnitt 1926 22 785. Bei der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung besteht die Möglichkeit, an den Wochenendtagen eine größere Anzahl Arbeitsloser als Aushilfsarbeiter zu beschäftigen, wodurch auch eine Entlastung in der Erwerbslosenfürsorge erfolgt. Bei der 60stündigen Arbeitswoche werden Aushilfsarbeiter vollständig in Wegfall kommen. Hoffnung auf einen Rückgang der Arbeitslosenziffer besteht nicht; denn nach den Feststellungen des Bäcker-Innungsverbandes wurden im Jahre 1926 in den Betrieben der Innungsmitglieder neben 62 998 Bäckergehilfen 41 792 Bäckerlehrlinge beschäftigt. Auf je 100 beschäftigte Gehilfen entfallen 66,2 Lehrlinge.

Verlängerung der Arbeitszeit bringt keine Senkung des Brotpreises, der in erster Linie vom Getreidepreis abhängt, wohl aber die Wiederkehr der skandalösen hygienischen Verhältnisse, wie sie früher in den Bäckereien bestanden. Das Konditoreigewerbe konnte sich in den Jahren der vollständigen Sonntagsruhe wirtschaftlich sehr gut entwickeln, wie der Ausbau der Konditoreigeschäfte deutlich zeigt. Bedenkt man, daß in 20 200 Betrieben die Unternehmer ohne jede Hilfskraft allein arbeiten und für diese Betriebe schon jetzt eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, abgesehen vom Nachtbackverbot, nicht in Frage kommt, berücksichtigt man die schweren gesundheitlichen Schäden, die nach den Gutachten der Wissenschaft mit der Verlängerung der Arbeitszeit gerade im Bäckereigewerbe verbunden sind, dann wird der Versuch, die Arbeitszeit für die Bäckereiarbeiter wieder zu verschlechtern, noch unverständlicher.

Wird der Antrag der Regierungsparteien, der in seiner Auswirkung die vollständige Beseitigung aller gesetzlichen Normen über die Arbeitszeit auslösen muß, vom Reichstag angenommen, dann ist das Schutzgesetz für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien hinfällig geworden.

Das Signal für den Kampf um den Achtstundentag im Baugewerbe

das kürzlich die Bauarbeiter in Westdeutschland durch ihre bedeutsame Kundgebung in Dortmund gaben, hat den Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe nervös gemacht. Die in einer Reihe von Bezirken getroffene tarifliche Regelung der Arbeitszeit geht den Spitzen anscheinend gegen den Strich. Trotz des Verbots der Spitzenverbände der Unternehmer kam es zu Vereinbarungen über die Arbeitszeit mit den bezirklichen Unternehmerorganisationen und es ist mehr als wahrscheinlich, daß ohne das Verbot von oben wahrscheinlich in allen Bezirken die Arbeitszeitfrage befriedigend geregelt worden wäre. Statt sich jedoch mit den Bauarbeitern rasch über die Arbeitszeit zu einigen, setzen die Spitzenverbände der Unternehmer ihre Hoffnungen auf das Reichsarbeitsministerium.

In der Sitzung des Hauptiarifamtes für das Baugewerbe am 9. Juni wurde den Arbeitervertretern mitgeteilt, daß die Unternehmerverbände sich bereits mit einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gewendet haben, daß aber der Minister vorerst auf den im Reichstarifvertrag vorgeschriebenen Weg der Verhandlungen zwischen den Parteien verwiesen habe. Die Unternehmer verlangten, die bereits in früheren Verhandlungen geforderten 2400 Arbeitsstunden im Jahre so zu verteilen, daß in den Sommermonaten eine längere tägliche Arbeitszeit als acht Stunden in Frage käme. Die Vertreter der Bauarbeiter wiesen darauf hin, daß das Arbeitszeitnotgesetz nur eine vorläufige Regelung darstelle und die Dauerlösung erst später folge. Das habe auch der Reichsarbeitsminister im Reichstag wiederholt hervorgehoben. Unter diesen Umständen sei der Zeitpunkt zu neuen zentralen Verhandlungen über die Arbeitszeit im Baugewerbe noch nicht gekommen. Die am Schluß der Aussprache vom Vorsitzenden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgegebene Erklärung, er werde den Reichsarbeitsminister über den ergebnislosen Ausgang der Aussprache in Kenntnis setzen, zeigt, wie sehr sich der Arbeitgeberbund mit der Hoffnung trägt, daß der Reichsarbeitsminister seinen Wünschen entgegenkommt.

Der Reichsarbeitsminister ist zugleich Bauminister. Er weiß, daß auch in diesem Jahre das Bestreben, die Bauarbeiten auf wenige Monate zusammenzudrängen, bereits das Wohnungsbauprogramm gefährdet und die Baustoffpreise bedenklich in die Höhe getrieben hat. Das Reichsarbeitsministerium, das wiederholt dafür eingetreten ist, daß die Bauarbeiten möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden, kann unmöglich für eine Verlängerung der Arbeitszeit in den Sommermonaten eintreten, wenn es nicht selbst seine Baupolitik durchkreuzen will. Mit der Sicherung des Achtstundentages verhindert man am besten private und öffentliche Bauunternehmer sowie die Arbeitgeber des Baugewerbes, die Bauarbeiten auf ein paar Monate im Jahre zusammenzudrängen. Wer eine vernünftige Baupolitik durchführen und damit zugleich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe bekämpfen will, muß deshalb die Forderung der Bauarbeiter auf Sicherung des Achtstundentages unterstützen.

Verbandstag der Holzarbeiter.

Am zweiten Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Frankfurt a. M. wurde zunächst der Kassenbericht erstattet. Die Hauptkasse hatte 1925 an Einnahmen nach Abzug der lokalen Anteile 7,4 (1926 5,7) und an Ausgaben 6,3 (6,8) Millionen Mark zu verzeichnen. Die Streiks und Aussperrungen erforderten 2,5 Millionen Mark oder 34 Prozent (351 000 oder 6,1 Prozent), die Arbeitslosenunterstützungen 1,5 Millionen oder 20,8 Prozent (4,4 Millionen oder 76,6 Prozent). Der Bericht der Redaktion der Holzarbeiterzeitung, der von Kayser erstattet wurde, betont, daß die Holzarbeiterzeitung den Standpunkt der Mehrheit aller Gewerkschafter, der von der SPD. unterstützt wird, vertritt.

In der Aussprache wandte sich Pieck-Berlin gegen die Taktik der Gewerkschaftsführer. Er erklärte, der Verband habe seit Stuttgart wenig geleistet. Schlüter-Bremen und vor allem Tarnow räumten unbarmherzig mit den kommunistischen Redensarten auf. Aus Pieks Ausführungen, so bemerkte Tarnow, höre man den einen Satz heraus: „Lieber Vorstand, nimm es uns nicht übel, aber wir müssen auf unsere Partei Rücksicht nehmen". (Heiterkeit.) Die Kommunisten bestehen, wie nach der „Roten Fahne" Bucher-Wien gesagt hat, aus zwei Teilen: der eine Teil unterscheidet sich nicht von den Sozialdemokraten und der andere Teil seine Aufgaben im Phrasendreschen. Bucher kennt seine Pappenheimer. Als Antwort auf den Einwurf Pieks, der Verband habe seit Stuttgart wenig geleistet, verwies Tarnow auf die reaktionären Gewerkschaften, die in schweren Zeiten den Kampf einstellen, dagegen Tarifverträge verlängern. Wenn Pieck dem Vorstand einen Vorwurf daraus drehen wolle, daß er für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben hat, so sei festzustellen, daß der Verwaltung in Berlin die Unterstützung noch nicht hoch genug war. Als Vorstandsmitglied der KPD. sollte Pieck auch nicht sagen, daß am Mitgliederrückgang der Vorstand schuld sei. (Heiterkeit.) Die kommunistischen Kollegen sollten sich übrigens einmal gründlich die Frage vorlegen, was sie durch ihr Vorgehen gegen ihren Verband eigentlich erreichen; nur Säuglingen bewillige man das Recht, das eigene Nest zu beschmutzen. Die kommunistische Entschließung Pieck, die gegen die Taktik des Verbandes gerichtet ist, wird mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die übrigen oppositionellen Anträge.

Auf der Generalversammlung der Maler in Nürnberg

sprach am Dienstag Mehrens vom Hauptvorstand über die Gewerkschaftliche Jugendbewegung. Die großen Bemühungen des Unternehmertums, die Arbeiterjugend für sich zu gewinnen und von der Arbeiterbewegung fernzuhalten, machen es den Gewerkschaften zur Pflicht, noch größeres Augenmerk auf die Heranziehung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu richten. Der Malerverband hatte am Schluß des ersten Vierteljahres 1927 schon 6408 jugendliche Mitglieder, es gibt jedoch insgesamt über 38 000 Lehrlinge im Malergewerbe. Die Reichsverfassung verbürgt auch dem Jugendlichen die Freiheit, sich wirtschaftlichen Organisationen anzuschließen. Der Lehrvertrag ist nicht ein Erziehungs-, sondern ein Arbeitsvertrag und es haben auch schon Gerichte rechtskräftig entschieden, daß der Unternehmer nicht berechtigt ist, Lehrlinge den Gewerkschaften fernzuhalten. Es ist noch sehr viel zu tun. Haben doch 40 Filialen des Malerverbandes noch keine Lehrlingsabteilung.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht spielte auch am Dienstag die Frage der zentralen oder örtlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine große Rolle. Die überwältigende Mehrheit des Verbandstages ist durchaus nicht geneigt, vom Reichstarif zu lassen, ohne welchen die Kollegen in kleineren Orten viel schlechter daran wären, viele andere Berufe wären froh, wenn sie Reichstarife hätten. Die Leipziger Delegation, die eine starke Organisation vertritt, hat insofern eine Ausnahmestellung, als die sich mächtig entwickelnden Messen mindestens zweimal im Jahre eine besonders gute Konjunktur für das Malergewerbe schaffen. — Viel besprochen wurde auch die Fachpresse, dabei spielte jedoch ihre grundsätzliche Haltung die weitaus geringere Rolle. Die Mehrzahl der Delegierten stimmte dem Hauptvorstand zu, der das Verbandsorgan von Angriffen auf die Einheitlichkeit der Politik der Gewerkschaften freihalten will.

Streik in der Rheinschiffahrt?

In der Rheinschiffahrt droht die Gefahr eines allgemeinen Streiks, falls die berechtigten Forderungen des Personals keine Berücksichtigung finden sollten. Zwischen dem Deutschen Verkehrsbund sowie den niederländischen, französischen und belgischen Organisationen, die gleichfalls in eine Lohn- und Arbeitszeitbewegung eingetreten sind, ist seit längerer Zeit eine engere Fühlungnahme über ein gemeinsames Vorgehen angebahnt worden.

Neuregelung der Ueberstundenfrage im Holzgewerbe.

In der nächsten Woche finden zur Regelung der Ueberstundenfrage im Holzgewerbe im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Nach dem Tarifvertrag für das Holzgewerbe beträgt der Ueberstundenzuschlag von 48 bis 51 Stunden 10 Prozent. Im Anschluß an die Notverordnung muß eine Neuregelung vorgenommen werden. Beide Parteien haben zu diesem Zweck den Schlichter angerufen.

Der Streik der Warschauer Bauarbeiter

hat eine weitere Verschärfung dadurch erfahren, daß die Regierung jede Vermittlung abgelehnt hat. Sie hält weiteres Verhandeln für aussichtslos. Das Angebot der Arbeitgeber, die Löhne um 5 Prozent zu erhöhen, wurde von den Arbeitnehmern als völlig ungenügend abgelehnt.

Vor einem Lehrerstreik in Frankreich.

Paris, 17. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Die Lehrer der höheren Schulen Frankreichs haben beschlossen, als Antwort auf die weitere Verschleppung ihrer Gehaltsregelung bei den bevorstehenden Abiturienten-Examen in den Streik zu treten. Die Regierung verspricht ihnen zur Beruhigung die längst fällige Gehaltserhöhung für den 14. Juli.

Der Verband der Maler, Lackierer

hält vom 13. bis 17. Juni seine 20. Generalversammlung in Nürnberg ab. Nach dem hierzu erschienenen Jahrbuch für 1926 hat sich der Verband trotz schlechtester Berufslage bei einer Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder von 8,9 Prozent im günstigsten und 39,1 Prozent im ungünstigsten Monat gut gehalten. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit aller Berufsangehörigen war noch wesentlich größer.

Die Mitgliederzahl stieg von 41 983 Ende 1925 auf 42 643 Ende 1926. Darunter sind 158 weibliche Mitglieder und 4070 Lehrlinge. In Lackierereien und Lackiereiabteilungen der Industrie waren 6277 Mitglieder beschäftigt. Diese Zahl steigt seit einiger Zeit wieder an. Die Gesamteinnahme des Verbandes stieg von 3 157 163 Mark auf 3 930 171 Mark, das Gesamtvermögen von 1 150 493 Mark auf 1 485 295 Mark. Davon waren am Jahresschluß in der Hauptkasse 1 230 384 Mark. Ausgegeben wurden 1926 unter anderem für Arbeitslosenunterstützung 459 530 Mark, für Krankenunterstützung 144 201 Mark, für Sterbefallunterstützung 28 485 Mark, für Streikunterstützung 39 63[illegible] Mark. Das seit 1925 herausgegebene hochkünstlerische und fachtechnischen Ansprüchen genügende „Fachblatt der Maler" hat sich gut entwickelt und allgemeine Anerkennung gefunden.

Der schon seit 1910 bestehende Reichstarifvertrag für das Malergewerbe wurde 1926 mit einigen Aenderungen neu abgeschlossen und auch 1927 in gleicher Weise erneuert. In Rheinland-Westfalen und Schlesien, wo Bezirkstarife fast gleichen Inhalts bestehen, ist der Abschluß noch nicht erledigt. Die Löhne wurden im April 1927 für das ganze Reich erhöht. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden im Vorjahre 110 geführt, in 1728 Orten mit 28 737 Betrieben und 84 066 Beschäftigten. Dabei sind die zentralen Bewegungen, die sich auf 1581 Orte mit 74 242 Beschäftigten erstreckten nur als je eine Bewegung gezählt. Angriffsbewegungen im Malergewerbe wurden 23 in 1423 Orten mit 55 817 Beschäftigten geführt; in Lackierereien und Industriebetrieben 46 für 4263 Beschäftigte. Dadurch wurde unter anderem eine Verkürzung der bisher bestandenen Arbeitszeit um 3134 Stunden pro Woche erzielt, neben Lohnerhöhungen und Verbesserung anderer Arbeitsbedingungen. Lohnbewegungen mit Streiks wurden 30 durchgeführt in 98 Betrieben mit 512 Beschäftigten; darunter 445 Lackierer. Es bestehen 632 Einzeltarife, geltend für 28 944 Betriebe und 83 679 Beschäftigte; davon waren 41 333 organisiert. Auf den Reichstarifvertrag entfallen hiervon 397 Einzeltarife, für 20 389 Betriebe mit 54 424 Beschäftigten. Besondere Kapitel des inhaltsreichen Jahrbuches sind der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch den Verband, — vielfach gemeinsam mit den Arbeitgebern —, dem Kampf gegen die Gesundheits- und Unfallschäden, der Pflege des gewerblichen Nachwuchses, den Betriebsvertretungen, den Sozialbetrieben, den Arbeitgeber- und übrigen Gehilfenorganisationen des Malergewerbes unter anderem gewidmet. Recht gut sind auch die internationalen Beziehungen des Verbandes, dessen Vorsitzender gleichzeitig der Internationale vorsteht. Diese erstreckt sich auf 11 Länder mit 181 430 bzw. 215 000 organisierten Malern und Lackierern.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Arbeitsrechtliche Rundschau.

1. Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder und Arbeitnehmerzahl.

Bekanntlich sind Betriebsräte in allen Betrieben zu errichten, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Sie haben unter anderem einen Kündigungsschutz, denn sie können grundsätzlich nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen werden. Es ist nun verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, ob dieser Schutz weiter besteht, wenn die Arbeitnehmerzahl im Betriebe dauernd unter zwanzig gesunken ist. Sie ist im Anschluß an eine Stellungnahme des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates verschiedentlich von den Gerichten bejaht worden. Dabei ist der Standpunkt vertreten worden, daß ein Bestand von 20 Arbeitnehmern nicht nur für die Errichtung des Betriebsrates, sondern auch für seine Fortexistenz unerläßliche Bedingung ist, daß daher beim dauernden Sinken der Arbeitnehmerzahl unter zwanzig der Betriebsrat sich von selbst auflöst und dann auch der Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder aufhört. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Verringerung der Arbeitnehmerzahl im Gesetz nicht als Erlöschungsgrund des Betriebsrates angegeben ist und daß gesetzlich eine Neuwahl nur beim Sinken der Betriebsratsmitglieder selbst und nicht des Arbeitnehmerbestandes vorgesehen ist. Wann ein Sinken der Arbeitnehmerzahl unter zwanzig dauernd, wann vorübergehend ist, würde sich übrigens nur schwer feststellen lassen. Die Betriebsvertretungsmitglieder sind auf ein Jahr gewählt. Erst nach Ablauf der Wahlperiode endet grundsätzlich ihr Amt. Bis dahin reicht also auch ihr Kündigungsschutz (vergleiche zum Beispiel Kammergericht vom 15. März 1925, Reichsarbeitsblatt 25, Seite 384).

2. Paketzustellerinnen als kaufmännische Angestellte.

In größeren Geschäften findet man häufig sogenannte Paketzustellerinnen. Sie haben die von den Kunden gekauften Waren zu verpacken. Aber sie haben auch eine gewisse Kontrolle dadurch auszuüben, daß sie die Identität der Waren an Hand der Kassenzettel nachprüfen, also feststellen, ob die verkauften und die ausgelieferten Waren genau miteinander übereinstimmen. Dementsprechend liegt ihnen nicht bloß die rein technische Aushändigungsarbeit ob. Mit Rücksicht auf ihre für die kaufmännische Organisation wichtige Kontrolltätigkeit sind sie daher als kaufmännische Angestellte anzusprechen (vergleiche Kaufmannsgericht Berlin vom 15. Februar 1927 — 124. VII. 27).

3. Darf ein Betriebsratsmitglied bei Beschlußfassung des Betriebsrates über seine Entlassung mitstimmen?

Wenn der Betriebsrat über die Zustimmung zur Kündigung eines seiner Mitglieder Beschluß zu fassen hat, so muß er eine ordnungsgemäße Sitzung einberufen. Dazu sind die Mitglieder unter Angabe des Tagungsgegenstandes zu laden. Das Mitglied aber, um dessen Kündigung es sich handelt, ist nicht zur Sitzung aufzufordern. Es gilt bei der Beschlußfassung als zeitweilig verhindert, weil es, wie das Reichsgericht neuerdings (vergleiche Entscheidung vom 4. Februar 1927, Zeitschrift für Arbeiterrecht 27, Maiheft) ausgeführt hat, bei einer Angelegenheit, an der es selbst unmittelbar beteiligt ist, nicht mitstimmen kann. Statt dieses Mitgliedes ist ein Ersatzmann zu laden.

4. Neue arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Die Neuordnung der Arbeitszeitgesetzgebung hat eine Ausführungsbestimmung über den Begriff der Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten und eine Ergänzung der früheren Ausführungsvorschriften notwendig gemacht, die unter dem 29. April 1927 (Reichsgesetzblatt Seite 114) veröffentlicht sind.

5. Sind Vorschüsse steuerabzugspflichtig?

Diese Frage hat der Reichsfinanzhof in einer Entscheidung vom 17. März 1927 bejaht (Reichssteuerblatt Seite 134). Nach den Durchführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz, so führt er aus, gelten als Lohnzulagen auch Vorschuß- und Abschlußzahlungen oder unter sonstiger Bezeichnung gewährte vorläufige Zahlungen auf bereits verdienten Arbeitslohn oder Vorauszahlungen von erst fälligem Arbeitslohn. Sie unterliegen deshalb auch dem Steuerabzug.

6. Organisation der Arbeitsgerichtsbehörden.

Die Arbeitsgerichte werden pünktlich am 1. Juli 1927 zu wirken beginnen. Die Organisation hat erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Für Preußen sind 227 Arbeitsgerichte und 33 Landesarbeitsgerichte vorgesehen. In Schlesien werden Landesarbeitsgerichte in Breslau (mit zwei Kammern), in Gleiwitz und Görlitz (mit je einer Kammer) eingerichtet.